

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

so wie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgelb),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

An die Verbandsmitglieder!

Kollegen!

Noch einmal richten wir die dringende Mahnung an euch, die vom Verbandstag beschlossene und in den vorausgegangenen Nummern des „Grundstein“ ausgeschriebene Agitation in ernstester und gründlichster Weise auszuführen respektive zu unterstützen.

Das gilt sowohl von der Flugblattverbreitung und der damit verbundenen Hausagitation als auch von den Versammlungen.

Die Hausagitation wird sich natürlich vornehmlich auf die unorganisierten Berufs-Kollegen erstrecken; denn diese wollen wir für den Verband neu beziehungsweise zurückgewinnen. Sie darf sich aber nicht allein auf sie beschränken. In jedem Zweigverein, ja, wohl in jedem Orte haben wir mit Kollegen zu rechnen, die zwar Mitglieder unserer Organisation sind, die ihr jedoch nur mit halbem Herzen angehören; die unter dem Zwange der Verhältnisse zu uns kamen, und die nun, wo ihnen bei den verschlechterten Erwerbsverhältnissen die zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft erforderlichen Opfer schwerer fallen, geneigt sind, dem Verband den Rücken zu kehren. Sie tun das gewöhnlich nicht unvermittelt und plötzlich, sondern zahlen zunächst einige Wochen keine Beiträge, lassen die Beitrags-schuld recht hoch auslaufen und erklären dann unter dem Vorwand, daß es ihnen nicht möglich sei, diese Schuld zu bezahlen, den Austritt. Das sind die Lässigen und Kurzsichtigen. Auch an diese Kollegen muß sich unsere Hausagitation wenden.

Ihnen wie den Unorganisierten muß klar gemacht werden, daß sie in ihrem eigenen Interesse recht tüchtig handeln, wenn sie gerade jetzt der Organisation abtrünnig werden oder sich ihr nicht anschließen. Gerade jetzt, wo sich die Arbeitsgelegenheit verringert, wo ein großes Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden ist, wo der Unternehmer also reichliche Auswahl hat, gerade jetzt haben die Kollegen den Schutz und Schirm der Organisation nötig.

**Denn: Der Unternehmer Hochmut steigt,
Sobald das Volk sich knechtisch zeigt!**

Diese Mahnung muß nicht allein bei der Hausagitation, sondern auch auf der Arbeitsstelle an die Kollegen ergehen. Der mit der Unternehmerorganisation abgeschlossene Vertrag läßt die Agitation auf den Baustellen, soweit sie in den Pausen betrieben wird, zu. Wir haben keine Ursache, dies Recht dort unbenuzt zu lassen, wo wir mit der Benutzung nach Lage der Sache Vorteile für die Organisation erzielen können.

Man denke aber nun nicht, daß diese jetzt allgemein eingeleitete Agitation in den nächsten paar Wochen beendet sein muß. Gewiß wird sie da am lebhaftesten sein; aber sie muß

auch weiter betrieben werden, solange es noch nötig ist. Das wird besonders für die Hausagitation gelten, die, wenn sie erfolgreich sein soll, durchaus keine sogenannte „große Aktion“ sein darf, wo man glaubt, alles im Sturme erobern zu müssen. Nein, sie muß nachhaltig und zäh und in jedem einzelnen Falle mit Sorgfalt betrieben werden. Nicht einem schnell vorüber-rauschenden Gewittersturm, nach dem die Erde so hart ist wie vorher, sondern einem ruhigen Dauerregen, der überallhin Fruchtbarkeit bringt, gleiche unsere Agitation. So betrieben, hat sie uns Riesenerfolge gebracht, und auch diesmal wird sich unsere Mühe lohnen.

Daneben werbe man kräftigst für unsere Versammlungen.

Wir haben in der vorigen Nummer des „Grundstein“ auseinandergelegt, welchem Zwecke sie dienen sollen. Sie sollen über die gegenwärtige Wirtschaftsperiode und deren Wirkungen auf die Arbeiterklasse aufklären; denn

Erkenntnis der Wahrheit führt zur Organisation.

Das ist überall, für die ganze Arbeiterklasse so. Aber doppelt zutreffend ist es für die Arbeiter des Baugewerbes. Für uns liegen die zwingenden Gründe für die Organisation nicht allein in der Gegenwart, sondern auch, und in nicht weniger erheblichem Maße, in der Zukunft. Die Entwicklung der Arbeitskämpfe ist in unserem Gewerbe mit schnellen Schritten dem Punkte zugeeilt, wo es sich nur noch um Auseinandersetzungen großen Stils handelt. Damit ist aber auch die Wirkung der mangelhaften Organisation anders geworden. Während früher die Indifferenz der Kollegen nur den Ort zurückhielt und schädigte, wo diese Kollegen eben ihren Sitz hatten; beeinflusst sie in Zukunft die Gesamtheit des Kampfgebiets. Das ist der Grund, der uns vorwärts peitschen muß zur größten agitatorischen Kraftentfaltung; denn die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1910 fällt nicht erst in den dann stattfindenden Verhandlungen — die haben die Massen der kämpfenden Parteien schon vorher gefällt. Je mehr Macht die Organisationen, in die Waagschale werfen können, je größer, je stärker, je kampffähiger sie sind, um so mehr werden sie vom Gegner erlangen können.

Was wir jetzt in der Agitation für die Stärkung des Verbandes tun, das kommt uns in den künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gute.

Darum, heran zur Agitation! Hinein in die Versammlungen, damit sie herrliche Rundgebungen des echten gewerkschaftlichen Geistes werden!

Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage.

IV.

(Schluß.)

Wie China, so ist auch Indien, das gewaltige Kolonialgebiet Großbritanniens, von einem neuen Geiste ergriffen, von dem Geiste, der mit zwingender Kraft hinfort zu moderner Kultur, aber zugleich auch zu dem Streben, die wirtschaftliche und politische Vormundschaft älterer Kulturmacht zu brechen, als selbstständiges und unabhängiges Volkstum in die Reihe der Staaten moderner Kultur einzutreten. Es ist nach allem, was wir in den letzten Jahren über die Stimmung und die Bewegung in jenem Lande erfahren haben, mit Sicherheit anzunehmen, daß die Indier sich die englische Herrschaft nicht mehr lange werden gefallen lassen, daß sie schließlich dem Zeitpunkt entgegensehen, wo es ihnen möglich erscheint, das Joch dieser Herrschaft abzuschütteln. Auch dort entsteht die „nationale Frage“ im modernen Sinne, unter dem unabweislichen Antrieb der modernen Kultur und der modernen Anschauungen über Volksrechte und Volksinteressen. Das Volk Indiens wird beweisen, daß es „naturgemäß“ auch nicht auf die Dauer dazu verurteilt ist, auf die selbstständigen, freie Entwicklung zu verzichten.

Auch von der Türkei hat man ja seither, gleichwie von China, angenommen, daß dieser Staat der Regeneration nicht fähig sei und deshalb ein Spielball der Diplomatie der europäischen Großmächte bleiben müsse. Nun aber erleben wir, daß auch in diesem Lande mit elementarem Wucht der Geist sich erhebt, der diese Ansicht drastisch verneint. Unsere Leser werden aus der Tagespresse darüber unterrichtet sein, daß die Türkei — nach der Ansicht vieler Leute ganz plötzlich — den Weg zur politischen Reform, zur Verfassungsreform, beschritten hat, ein Ereignis, das sich vornehmlich aus dem Bedürfnis nach Modernisierung der wirtschaftlichen Einrichtungen und Verhältnisse erklärt.

Genau betrachtet, ist auch in der Marokkofrage dieses Bedürfnis ein erheblich mitbestimmender Faktor. Der dortige Chronist ist im Grunde nichts anderes, als der Kampf des Geistes moderner Kultur gegen den Geist kultureller Rückständigkeit. Auch in Marokko hat sich scheinbar schlafendes nationales Leben als wachend erweisen, und der Zug dieses nationalen Wesens geht dahin, dem Eindringen moderner Kultur nicht fernerhin fanatisch Widerstand zu leisten. Zu diesem Standpunkt bekennt sich der siegreiche und vom Volke als neuer Herrscher anerkannte Mulay Saffis; ob er es ernst meint, wird sich freilich erst zeigen müssen. Jedenfalls ist er bereit, den europäischen Kulturmächten bedeutende wirtschaftliche und politische Konzessionen zu machen.

So entwickeln sich mit elementarer Wucht die Dinge im Orient, gewaltige Enttäuschungen und Ueberraschungen bringend für diejenigen, die seither geglaubt haben, dieser Teil der Erde sei so regenerationsunfähig, daß er der alten Kulturwelt als Erbe zufallen müsse.

Wir haben gesehen, daß die über diese Kulturwelt herrschenden Faktoren an die Spitze aller Zeitaufgaben das wirtschaftliche und politische Weltmachtproblem gestellt haben. Der schon zitierte englische Politiker Steffen schreibt es dem „unersättlichen, weltrevolutionierenden Ausdehnungstrieb Englands“ zu, daß ein wirtschaftlicher Weltmachtstreit entstanden ist, der darauf hinausläuft, schnellstens und endgültig die Erdkugel in eine Anzahl politisch-kommerzieller Interessensverbände oder geradezu in fünf- oder sechs unformliche Weltstaatsriesen zu verteilen. Zwischen deren tausendmelligen Grenzen einige in jeder Hinsicht bedeutungslose Kleinstaaten lie und da eingestreut sind.

Dazu möchten wir bemerken, daß England allerdings seit zwei Jahrhunderten das Beispiel gegeben hat, wie man sich in rücksichtslosester Weise, ohne Zug und Trug und brutale Gewalt zu scheuen, zum Besitzer oder Oberherrn fremder Gebiete macht. Aber dieses Beispiel an sich ist es nicht, oder wenigstens nicht allein, was die anderen Großmächte veranlaßt hat, auch zuzugreifen; die Ursache dieses Zugreifens liegt in ganz den gleichen Interessen, wie sie für Englands Weltmachtstreit maßgebend gewesen sind und noch sind: in dem eigenen Expansionsbedürfnis dieser Mächte.

Es kommen, wie sich aus unseren Ausführungen ergibt, neben England vornehmlich in Betracht: Rußland, Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika; wieweit letztere aus der europäischen Kultur erwachsen sind. Die Neue Welt hat nur diese eine welterpanisive Großmacht. Für Asien kommt zunächst lediglich Japan in Betracht, das der europäischen Kultur bereits sich zugewendet hat, und dessen historischer Verus es ganz ohne Zweifel ist, bahnbrechend und bestimmend für die Umgestaltung der Verhältnisse in Asien zu wirken. Afrika hat gar keine welterpanisive Macht; dieses Land und Asien sind die

ungeheuren Gebiete, wohin die Expansion geht. Jede der Großmächte setzt alles daran, ihr Herrschaftsgebiet, ihre Produktionsbereiche, ihren Absatzmarkt über die ganze Erde auszuweiten. Es sind Meinungen laut geworden, die dahingehen, daß die Weltmächte, die gegenwärtig die Erde — keinen einzigen Erdteil ausgenommen — zum Kriegsschauplatz verwandeln können, streng genommen nur von Englands, Rußlands und Deutschlands Weltmachtstreit hervorgerufen werden, während Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika daran mehr in „passiver“ Weise beteiligt erscheinen: Die Erfahrung rechtfertigt diese Ansicht nicht. Das allerdings unterliegt keinem Zweifel, daß die Bestimmung über das Schicksal der Welt zunächst bei England, Rußland und Deutschland liegt. Wir haben es zu tun mit einer von Europa ausgehenden Weltmachtfortschrittung auf Tod und Leben, die, unter beifolger Kraftankrengung sich vollziehend, die Lebensart von der Fin de siècle-Mildigkeit und vom „alternden“ Europa, mit dessen Kräften es zu Ende gehe, widerlegt. Freilich kann die Weltmachtstreit nur unter einem ungeheuren Mißbrauch der Kraft der Nationen sich vollziehen. Aber diese Kraft war ja von jeher dem beständigen Mißbrauch unterworfen, ohne darüber zu grunde zu gehen; sie wird auch diesen überleben. Denn aller Mißbrauch hat eine Grenze, wo es für die verantwortlichen Mächte nicht nur heißt: „Bis hierher und nicht weiter“, sondern auch: „Hier ist dein Ende“. Was das nicht der Fall und lernen die Völker nicht endlich, selbstständig die eigene Kraft schätzen und gebrauchen für ihre eigenen Interessen, im Dienste der wahren Kultur, so könnte von Kultur-entwicklung nicht die Rede sein. Lasse man sich — wenigstens soweit Deutschland in Betracht kommt — nicht beirren, nicht täuschen durch das eigenartige Gepräge, das die Weltmachtstreit von wirtschaftlichem Egoismus, nationalem Dünkel und politischem Byzantinismus und Chauvinismus erhält; in diesem Gepräge kommt der echte und rechte Geist des Kulturfortschritts nicht zum Ausdruck.

Dieser Geist findet seine Bestätigung und stetige Verallgemeinerung und Kräftigung in dem Bestreben der demokratischen Sozialismus huldigenden Arbeiterklasse aller Kulturländer. Wenn es einen Gesellschaftsfaktor gibt, die Großmächte einer der Erhaltung des Weltfriedens dienenden weisen Politik zu zwingen, so ist es ganz gewiß die Arbeiterklasse. Daß sie kein Interesse am Kriege hat, ist ohne weiteres so einleuchtend, daß es sich für aufgeklärte, vernünftig denkende Menschen nicht der Mühe verlohnt, darüber noch Worte zu verlieren. Wenn die Arbeiterklasse aller Länder in richtiger Erkenntnis ihrer kulturellen Aufgaben dem weltmachtpolitischen Tummel mit einem erheben: „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegentritt; wenn sie einmütig die Erhaltung des Friedens und die Ausgestaltung der Völkerverbrüderung auf dem Grunde einer besseren und gerechteren Wirtschaftsordnung will, so wird die Kulturwelt bewahrt bleiben vor einem beispiellosen in der Geschichte dastehenden Völkerröge. Die Arbeiterklasse aller Länder hat es denn auch im Verlauf der letzten Jahrzehnte nicht fehlen lassen an energischen Bekundungen dieses ihres Willens. Und immer energischer treten solche Bekundungen hervor.

Es will demgegenüber nicht viel bedeuten, wenn in der letzten Zeit wieder Staatsoberhäupter und Staatsmänner sich in Versicherungen der Friedensliebe und der Friedensbürgschaft ergangen haben. Man kann ja diese Versicherungen immerhin als ernst gemeint nehmen; denn die „Schicksalslenker“ der Völker muß ja selbst ein Grauen packen bei dem Gedanken an die ungeheure Verantwortlichkeit, die sie in Rücksicht auf die Frage: Weltkrieg oder Völkerröge tragen. Aber wenn nicht in der vorerwähnten Haltung der Arbeiterklasse eine Gewähr für die Verhütung unermesslichen Unheils gegeben wird — die hohe Diplomatie kann diese Gewähr nicht bieten.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

I.

Die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften.

Das Jahr 1907 war kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften. Zeigte schon die erste Jahreshälfte eine gewisse Stagnation, die den Umschwung der Wirtschaftslage vorauserkennen ließ, so offenbarte die zweite Jahreshälfte alle untrüglichen Zeichen des Niederganges. Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften wuchs zusehends; sie spiegelte sich wieder in den Verhältnisangaben der Statistik der Arbeiterfachverbände, die das „Reichs-Arbeitsblatt“ vierteljährlich veröffentlicht. Sie

wird bestätigt durch die Ziffern der Statistik der deutschen Arbeitsbeschaffung, die die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. Auch die Bewegungsziffern der deutschen Krankenkassen, soweit sie der Berichtserstattung des Statistischen Amtes angeschlossen sind, lassen einen starken Rückgang erkennen, der im September 1907 eintrat. Angesichts dieser Veränderung der Wirtschaftslage war vorauszusehen, daß der stürmische Aufschwung, den die Gewerkschaften während der Hochkonjunktur nahmen einer ruhigeren Entwicklung weichen mußte. In einzelnen Industriezweigen waren selbst erhebliche Rückschläge nicht zu vermeiden, besonders im Baugewerbe und in den damit zusammenhängenden Holzgewerken, in denen die Krisis schon im Januar 1907 mit aller Schärfe einsetzte. Im allgemeinen haben jedoch die Gewerkschaften den Niedergang von der Hochkonjunktur zur Krisis ohne nennenswerte Verluste überstanden; ihre Gesamtentwicklung zeigt, im Gegensatz zu 1891 und 1901, wo die Krisis einen Rückgang der Mitgliederzahlen der gesamten Zentralverbände herbeiführte, noch immer einen ansehnlichen Fortschritt. Das ist in erster Linie der inneren Festigung der Organisationen, der Ausgestaltung und Wirksamkeit ihrer Unterstützungseinrichtungen und der lebhaften Kampfsättigung zu danken, die ihre bindende Kraft bewährten. Freilich genügt dieser Fortschritt nicht, um die zweite Million Mitglieder zu erreichen — noch immer fehlen mehr als Hunderttausend daran. Immerhin sind unsere Zentralverbände die einzige Gewerkschaftsgruppe, die in so wenig günstiger Zeit einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen hat. Während die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 um 176 797 erhöhen konnten, nahmen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die Deutschen Gewerksvereine (Kirch- und Arbeitervereine) um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaftsentwicklung im Berichtsjahre wird also repräsentiert durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände — das war seither so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Im Jahresdurchschnitt 1907 hatten unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände 1 885 506 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1 878 146. In den statistischen Vereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (dabei entfallen auf die Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften nach deren eigener Angabe 17 683 Mitglieder), in den Deutschen Gewerksvereinen (Kirch- und Arbeitervereine) 108 889, in den christlichen Gewerkschaften 274 323, in den übrigen unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 884 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907 2 448 300 Mitglieder zählten, nahezu zweieinhalb Millionen.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Gewerkschaftsbewegung zu solcher Größe entwickelt. 1891 zählten unsere Verbände erst 277 659 Mitglieder; 1893 gingen sie auf 228 580 zurück, dann stiegen sie bis 1900 auf 680 427. Das Jahr 1901 brachte einen kleinen Rückgang auf 677 510. Von da ab ging es ununterbrochen vorwärts: 1903: 887 698, 1905: 1 244 803 und 1907: 1 885 506. Es gibt nur eins, das dieser raschen Entwicklung gleich, das ist der sozialdemokratische Stimmengewinn seit 1890. Die Gewerkschaftsentwicklung hat freilich erst viel später eingesetzt; sie mußte sich mit kleineren Anfängen begnügen und hat auch heute in ihrer Mitgliederzahl die Höhe der sozialdemokratischen Stimmengewinnung noch nicht erreicht. Dafür repräsentiert sie eine festgelegte und dauernde Macht, die weit nachhaltiger die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag. Dagegen ist die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch der der modernen Genossenschaften weit vorausgeeilt. Es zählten in den Jahren an Mitgliedern:

	1906	1907	Zunahme
Sozialdemokratische Vereine	884 327	530 468	146 189
Gewerkschaften	1 689 709	1 885 506	175 797
Konsumgenossenschaften	78 138	88 504	10 366

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Konsumvereine und einmal soviel als die sozialdemokratischen Vereine — sie haben auch die größte absolute Zunahme. Die Ursachen, die dieser langameren Entwicklung der Parteioorganisationen und der Genossenschaften zu Grunde liegen, können im Rahmen dieser Statistik nicht erörtert werden. Wohl aber zeigen diese Zahlen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Bedeutung der politischen Organisation noch recht wenig begriffen hat. Würden alle Gewerkschaftsmitglieder ebenso wie in ihrer Berufsorganisation, so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die kleinsten Differenzen und Reibungen, die sich zwischen diesen verschiedenen Armeen der Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit bemerkbar machen, völlig verschwinden, sondern die Stoßkraft der Arbeiterbewegung würde dadurch

sichtlich vervielfacht worden. Das Beispiel der Einheit und Einheit im eigenen Lager würde, verstärkt durch größere Erfolge, auch seine Rückwirkung auf die ausstehenden Arbeitermassen nicht verfehlen und den Verschleppungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien und der gelben Nährväter bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vom Jahresabschluss 1906 bis Ende 1907 blieb hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück. Sie betrug nur 73 853. Es erklärt sich dies daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1906 einen starken Aufschwung, dagegen die zweite Hälfte 1907 einen kleinen Rückgang zeigte. Die Zentralverbände zählten Ende 1906 1 799 293 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1 823 881 ab (+ 24 588), das zweite Quartal mit 1 882 665 (+ 58 784), das dritte Quartal mit 1 892 363 (+ 302) und das vierte Quartal mit 1 873 146 (- 9217). Der Zuwachs der Gewerkschaften fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Rückgang ein. — Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsnachweise übereinstimmt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftskrise die Mitglieder fester denn je an ihre Organisationen klitten, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. gewähren, sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern.

Der Rückgang trifft allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die diesjährige Statistik umfaßt, haben 40 eine Zunahme von aufammen 100 065 Mitgliedern (von Ende 1906 zu Ende 1907) zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 26 212 angeben. Von diesem Gesamtzuwachs von 26 212 entfallen auf die vier Verbände der Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Zigarbeiter allein 21 157. Die Bauarbeiter verloren schon im ersten Quartal 20 670 Mitglieder infolge großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die Zehnauferange ungelerneter Arbeiter in andere Berufe drängte. Bei den Holzarbeitern fehlte der Verlust im zweiten Quartal 1907 ein als eine Nachwirkung der Krise im Baugewerbe und der großen Kämpfe, die dem Verbande enorme Kassenverluste auferlegten. Im Maurerverband zeigte sich der Rückgang erst im dritten Quartal, nach dem großen Kampfe in Berlin, während die Zigarbeiter seit Jahresbeginn stagnieren und von Quartal zu Quartal weitere Mitglieder verloren. Auf dieser Industrie lastet jeder wirtschaftliche Niedergang, nicht nur zunächst, sondern auch am allerheftigsten, da das Lohnniveau selbst in Zeiten guter Beschäftigung sehr niedrig ist. Tragt sich aus diesen Ursachen, wo die betreffenden Gewerkschaften eingreifen haben, um für kommende Jahre solchen Verlusten vorzubeugen, so muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung daraus die Lehre ziehen, daß die Erziehung der Mitglieder zur Organisationsstreue und zu höheren Opfern für ihre Organisation Hand in Hand gehen muß mit einer vorsichtigen Kampfstattik, die alle Voraussetzungen des Erfolges oder Mißerfolges auf das sorgfältigste prüft und sich auch nicht durch Stimmungen einzelner Mitgliederkreise zu unkluglichen Maßnahmen drängen läßt.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 zählten sechs Verbände über 100 000 Mitglieder, vier zählten 50—100 000, fünf 30—50 000, drei 20—30 000, zehn 10—20 000, zehn 5—10 000, zehn 3—5 000, drei 2—3 000, drei 1—2 000 und sieben weniger als 1 000 Mitglieder. Wir finden neben großen Verbänden mit mehr als 100 000, ja bis 355 386 Mitgliedern auch kleine Organisationen, die nur wenige Hundert Mitglieder zählen. Einzelne derselben vereinen trotzdem den größten Teil der vorhandenen Berufsangehörigen. Jedes befaßt sich mehr und mehr die Erkenntnis, daß solche kleine Organisationen in entscheidenden Kämpfen der konzentrierten Macht der Unternehmer nicht gewachsen sind und daß der Anschluß an größere verwandte Berufsorganisationen vorzuziehen ist. Auch im Berichtsjahre hat die Verschmelzung von Gewerkschaften Fortschritte zu verzeichnen. Außer den Uebertritten der Buchdrucker Elsfleischtrinker, Graveure, Konditoren, Bergarbeiter und Tischler sind Zusammenenschließungen in den graphischen Gewerben, im Gastwirtschaftsgewerbe, in der Lederindustrie, in den Nahrungsmittelberufen, in der keramischen Industrie und in dem Transportgewerbe hervorgetreten, von denen einige vorläufig zum Abschluß von Kartellverträgen geführt haben.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118 908; sie stieg 1907 in 35 Verbänden auf 138 929 oder um 18 021. Die Zunahme beträgt 15,1 pSt. gegenüber 10 pSt. Zunahme der männlichen Mitglieder. Die Organisation der Arbeiterinnen hat sich noch langsamer entwickelt als die der männlichen Arbeiter. 1892 betrug der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften erst 1,8 pSt., 1896 4,6 pSt., 1898 2,7 pSt., 1900 3,3 pSt., 1902 3,8 pSt., 1904 4,6 pSt., 1906 7,1 pSt.

und 1907 7,8 pSt. Damit ist diese erfreuliche Entwicklung natürlich nicht abgeschlossen, denn das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften beginnt sich erst jetzt in stärkerem Maße zu regen und die Agitation wird durch die Gewerkschaften selbst, wie auch durch das Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission nachhaltig unterstützt. Welche Massen von Arbeiterinnen noch zu gewinnen sind, lehrt uns ein Blick auf die deutsche Fabrikstatistik, die im Jahre 1906 allein in revisionspflichtigen Betrieben 1 095 899 Arbeiterinnen über 16 Jahre zählte. In diesen Betrieben beträgt der Anteil der Arbeiterinnen 18,6 pSt., also zweieinhalbmal so viel als heute der Anteil der organisierten Arbeiterinnen. Stellen wir für die wichtigsten Industriezweige die Zahl der in Fabriken beschäftigten und der organisierten Arbeiterinnen einander gegenüber, so ergibt sich daraus sofort, welche gewaltigen Aufgaben dieser Organisation noch harren.

	Weibliche Arbeiterinnen 1906	Weibliche Organisierte 1907
Textilindustrie	397 821	44 377
Metall- und Maschinenindustrie	987 438	146 938
Holzindustrie	26 645	3 457
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	147 741	16 925
Graphisches Gewerbe	86 204	8 333
Verleihungs- u. Reinigungsgewerbe (einschl. Konfektion)	211 407	13 640

Die Gewerkschaften dürfen daher nicht nachlassen in der Bearbeitung dieses Feldes, denn die Aufgabe, daß die Organisation in zahlreichen Industrien nur einen geringen Bruchteil der Arbeiterkraft repräsentiert und demgemäß auf die Arbeitsbedingungen nur geringen Einfluß auszuüben vermag, ist in erster Linie der Minderständigkeit der Arbeiterinnenorganisation geschuldet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Eisenbahneinnahmen — Emissionen — Außenhandel — Auswanderung — Konfurrenzen — Rohstoffproduktion — Getreidestatistiken — Engländer.

Für den Monat August laufen jetzt die verschiedensten Statistiken ein, in denen die anhaltende Depression weiter deutlich zum Ausdruck kommt. Die ersten drei Eisenbahnen bezeichnen im Personen- und Güterverkehr zwar eine um 3,89 Millionen Mark oder um 7,2 pSt. höhere Einnahme wie im August des Vorjahres, aber umgekehrt hat im diesjährigen August der Güterverkehr nur 104,14 Millionen Mark eingebracht gegen 110,54 Millionen Mark im Vorjahre; das sind also in diesem für den allgemeinen Wirtschaftszustand charakteristischen Transportzweig 6,4 Millionen Mark oder 5,8 pSt. weniger. Das rechnungsmäßige Eisenbahngewinn beginnt wie das Finanzjahr mit dem 1. April. In den bis Ende August abgelaufenen fünf Monaten hat Preußen aus dem Güterverkehr bereits 20,24 Millionen Mark oder 3,9 pSt. weniger erzielt; statt 524,34 Millionen Mark, wie 1907, nahm es nur 504,10 Millionen Mark für Güterverkehr ein. Gegen den Voranschlag des Etats haben in den abgelaufenen fünf Monaten die Gesamteinnahmen (Personen- und Güterverkehr, Materialverkauf, Vermietungen usw.) nahezu acht Millionen Mark weniger ergeben. Für die preussische Finanzwirtschaft wird also der Ausfall aus dem Güterverkehr durchaus nicht aus anderen, weniger von der Konjunktur abhängigen Quellen zu decken sein.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht ihre übliche Emissionsstatistik für den Monat August. Obwohl hier schon das Vorjahr wegen des knappen und teuren „Geldes“ sich wesentlich Einschränkungen auferlegt hat, und obwohl viele Emissionen der Gegenwart nur darauf hinauslaufen, alte schwelende Kreditverhältnisse in neuerem Gewand und auf ein größeres Börsenpublikum zu übertragen, so stellt sich doch die Summe des zu Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung angeforderten Kapitals im August nur auf 69,16 Millionen Mark gegen 108,43 Millionen Mark im Vormonat Juli und gegen 78,27 Millionen Mark im August 1907. In den ersten acht Monaten zusammen betrug die Summe der Reineinnahmen 694,79 Millionen Mark gegen 942,62 Millionen Mark im gleichen Zeitraum 1907. Niedriger als im August 1907 waren die Kapitalsanprüche hauptsächlich im Eisenbahngewerbe, in der elektrotechnischen Industrie, im Papier-, Holz- und Baugewerbe, sowie im Handelsgewerbe, hier allerdings mit Ausschluß der Banken, die jetzt zum Teil an Kapitalheranziehung nachhaken, was sie früher unter den schwierigeren Verhältnissen versagen mußten. Von Bau- und Terrängergesellschaften wurden gar nur 3,57 Millionen Mark beantragt gegen 9,38 Millionen Mark in dem selbigen schon bescheidenen August 1907.

Bei der deutschen Außenhandelsstatistik wird man die ausfallreichen Einzelziffern noch abwarten haben. Die vom „Reichsanzeiger“ gebachten Hauptzahlen bieten jedoch für den August gleichfalls das uns bekannte Bild der Niedergangsperiode. In der Einfuhr haben wir neben dem mehr oder weniger und Ernteausschlag bestimmten Rückgang der Zufuhr von fremden Lebensmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten vor allem eine Verringerung von Holz- und Brennstoffen. So ist die Eiseneinfuhr von 699 783 Doppelzentnern im August 1907 diesmal zusammengeschmumpft auf 504 188 Doppelzentner. Dafür forciert man die Eisenausfuhr auf 324 Millionen Doppelzentner gegen 274 Millionen Doppelzentner im August des Vorjahres. An deutschen Rohlen gingen in den acht Monaten bis Ende August 170,06 Millionen Doppelzentner über die deutschen Grenzen gegen 163,08 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Die deutsche Gesamtausfuhr belief sich im August auf 41,12 Millionen Doppelzentner gegen 39,64 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Die

ersten acht Monate zusammengeordnet liegt die Ausfuhr von 292,94 Millionen Doppelzentner im Vorjahre auf 295,91 Millionen Doppelzentner im laufenden Jahre. Das ist für viele Teile durchaus kein günstiges Zeichen, aber es widerlegt doch auch das interessierte Gejammer der Unternehmer und ihrer Wortführer in den Handelskammern über das Schwinden des Exportes. Wir haben selbstverständlich wie bei jeder internationalen sich ausbreitenden Krise viel Export zu weniger lohnenden und sogar zu schleuderpreisen; aber wir haben bisher wachsenden, nicht zusammenschmumpfenden Export — im Gegensatz zu Ländern wie England.

Bei der Auswanderung läßt man recht deutlich, wie sehr sie das Ergebnis nicht lediglich unserer, der deutschen und europäischen Wirtschaftsentwicklung, sondern auch der anderen Seite mitbedingt wird durch die Auf- oder Abwärtsbewegung in den Einwanderungsstaaten. An sich müßte unser gewerblicher Niedergang die Auswanderung steigern. Da jedoch der wirtschaftliche Absall in Amerika viel schlimmer war, so ist der Antriebsdruck des Ozeans kein blind zu verurteilen, immer geringer geworden. Der August befaßt das von neuem. Hier wanderten diesmal über deutsche Häfen 1779 Deutsche aus, gegen 2672 im August 1907 und 2518 im August 1906; auch über fremde Häfen (Antwerpen, Havre) rechnet man etwa 270 deutsche Auswanderer weniger wie 1907. Die ersten acht Monate abermals zusammengefaßt, erhalten wir bisher für dieses Jahr eine deutsche Gesamtauswanderung (auch über Belgien und Frankreich) von rund 12 770 Personen gegen 20 224 im Jahre 1907, das heißt 7454 oder 37 pSt. weniger. Noch in ganz anderen Ziffern spricht sich, wie schon öfter erwähnt, der Sturz der Auswanderung fremder Staatsangehöriger über die deutschen Häfen aus. Die deutschen Häfen verließen im August nur 7703 solcher Ausländer gegen nicht weniger als 25 069 Personen im Juli des Vorjahres, und in den ersten acht Monaten des Jahres 58 682 gegen 265 012 im Jahre 1907.

Die jetzt vorliegende deutsche Konfurrenztatistik für das zweite Vierteljahr 1908 liegt gleichfalls in den Rahmen dieses Bildes ein. Die Zahl der Konfurrenzeröffnungen blieb ansehnlich hoch. Es sind von den Gerichten im Deutschen Reich im zweiten Quartal d. J. 2 374 Konfurrenzen eröffnet worden gegen 2185 im zweiten Vierteljahr 1907, also jeht 189 oder 8,6 pSt. mehr. Außerdem sind 531 (1907: 445) Anträge auf Konfurrenzeröffnung wegen Mangels abgewiesen worden. Auf Preußen entfallen 1261 Konfurrenzeröffnungen, auf Sachsen 302, auf Bayern 244, auf Württemberg 121, auf Elbfürstentum 85, auf Baden 84. Von den Großstädten steht oben Berlin mit 102 Konfurrenzeröffnungen, wo außerdem noch 88 Anträge auf Konfurrenzeröffnung wegen Mangels abgewiesen sind; dann folgte Hamburg mit 49, Leipzig mit 40, wresden mit 38 und München mit 35 Konfurrenzeröffnungen. Charlottenburg hatte 14, Nidburg 6, Schöneberg nur 2 Konfurrenzeröffnungen.

Die Einschränkung der deutschen Rohstoffproduktion basiert im wesentlichen seit dem Monat März. Nachdem der Juli, immer 1907 und 1908 verglichen, ein Herbstmonat von 1 123 968 Tonnen auf 1 010 770 Tonnen gebracht hatte, fiel der August noch mehr, nämlich von 1 117 545 auf 935 445 Tonnen ab.

Für die Börsen verlaufen sich immer wieder in Anmierungslampagen, denen freilich nach kurzer Zeit genöthigt die Enttäuschung und der Nahrungsmangel folgt. Brachte man vor ein paar Wochen die Grubenwerke vorübergehend in Schöpfung, so ließ man in der ersten Hälfte des September die elektrischen Werte emporklimmen. Man erfuhr, die bayerische Staatsbahnverwaltung wolle einzelne ihrer Linien elektrifizieren. Schöneberg bei Berlin beschloß, um einem Gegenprojekt der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zuvorzukommen, mit ungeeigneter Raschheit den Bau einer Untergrundbahn, der an die Siemens- und Halske-Aktiengesellschaft vergeben wurde. Dies beantwortete die Börse mit einer erregten Kurssteigerung fast aller Elektrizitätswerte und außerdem noch vieler verwandter Aktien. Heute ist schon wieder viel niederschlagendes Wasser in diesen schäumenden Wein gegossen.

Daß es in anderen Ländern nicht viel anders und sogar noch schlimmer aussieht, beweist die englische Arbeitslosenstatistik. Nach dem Arbeitsdepartement waren Ende August 1907 4 pSt. der Mitglieder bei den herrschenden Trade Unions arbeitslos, diesmal Ende August 8,9 pSt.

Berlin, 20. September 1908. Max Schippel.

Politische Umschau.

Die Arbeiter für den Frieden. Solange die internationale Arbeiterbewegung besteht, vornehmlich seit dem Jahre 1870, hat die Arbeiterkraft der verschiedenen Länder schon öfter ernste Anlässe benutzt, Kundgebungen für den Frieden, gegen den Krieg zu veranstalten. Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre war jeder der internationalen Arbeiterkongresse die Stätte einer solchen Kundgebung. Und immer waren die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Organe der Arbeiter aller Länder einig in der Verurteilung des Krieges und in der Bekämpfung seiner Ursachen. Es gibt keine Gesellschaftsklasse, die in Rücksicht auf eigene berechnete Interessen und die damit sich verbindenden allgemeinen Kulturinteressen, wie in Rücksicht auf die Gebote der Vernunft und Humanität entschieden dem Kriege widersteht und für die Erhaltung des Friedens eintritt, als die Arbeiterklasse. In ihr hat die Idee des Völkerverfriedens, der Völkerverbrüderung eine Nahrung, Festigung und Ausbreitung erfahren, wie in keiner anderen Gesellschaftsklasse. Während die Klasse der herrschenden Stände und Klassen unter dem Gesichtspunkt des kapitalistischen Interesses den Krieg und die kriegerischen Einrichtungen als eine „Nothwendigkeit“ erachten, bekennen die Arbeiter sich zu der schönen Ueber-

zeugung, daß den Aufgaben und dem Geist der Kultur-
menschenheit nur der Friede und seine Sicherung entspricht.
Jetzt, am 20. September, hat in Berlin eine denkwürdige
Friedensdemonstration der deutschen und englischen Arbeiter stattgefunden, eine Verbrüderungs- und Gedächtnisfeier der Arbeiter Englands und Deutschlands zu Gunsten des Friedens.
Es war eine Deputation englischer Arbeiterorganisationen, darunter die hervorragendsten Führer der Trade-Unions, erschienen, um den Berliner Arbeitern, als Vertretern des deutschen Proletariats, eine Friedensadresse, unterzeichnet von 48 Parlamentsmitgliedern und 13 Gewerkschaftsführern, zu überreichen. Mindestens 22 000 Menschen hatten sich in der Lokalität der „Neuen Welt“, des größten Establishments Berlins, zu diesem ersten und wichtigsten Akt eingefunden. Um 12 Uhr mittags eröffnete der Reichstagsabgeordnete Legien die gewaltige Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er die Verbrüderung der deutschen und englischen Arbeiterschaft feierte; hinter den den Frieden vertretenden Arbeitervertretern stehend, 2 215 000 englische und 2 106 000 deutsche, also 4 321 000 organisierte Arbeiter. Legien ließ seine Ansprache auslingen in die Worte: „Wenn die Arbeiterschaft der Welt einig ist, dann ist es vorbei mit der schamlosen Verhöhnung der Völker! Bei den Arbeitern liegt heute die Entscheidung über Krieg und Frieden.“

Der Sekretär der internationalen Schiedsgerichtsliga, Waddison, nahm hierauf das Wort zur Ueberreichung der Adresse. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Brüder! Freier wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, durch die Intrigen und Zänkereien von Staatsmännern, religiösen Hader und Verfolgungen oder Rassenvorurteilen verursacht. Einige dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber heute läßt der Teil der Presse die unheilvollste Wirkung aus, welchen prinzipienlose Kapitalisten besitzen und beherrschen. Die häufigen Versuche dieser Blätter, zwischen Euzem und unserem Lande Zwietracht herauszubringen, schmerzen uns; aber wir versichern Euch, daß zu diesen unheilvollen Versuchen weder der Anstoß von den Arbeitern Britanniens gegeben worden ist, noch daß sie sie gutheißen. Viele Jahre wirkte man erfolgreich in dieser unheilvollen Weise, Zwiespalt zwischen den Arbeitern Frankreichs und uns sätend, indem man die Leute in beiden Ländern lehrte, einander zu hassen und ihre Mittel durch Wettstreit im Militarismus und Rüstungen zu vergeuden, deren fast unberechenbare Kosten das britische und das französische Volk zu tragen hatten. Nicht nur diese vergeudeten Millionen wurden von den Arbeitern erpreßt, sondern durch Generationen hindurch bekämpften und töteten sich die Leute beider Länder wie Wilde, und die einzigen Personen, die aus dem Blutbade Nutzen zogen, waren die Buchhalter und die Klassen, die selbstmühtige Zügel verfolgten. Die große Masse bezahlte und kämpfte; die besitzende Klasse heimste die Frucht ihrer unfruchtlichen Torheit ein. Schließlich jedoch, nach langen Jahren unermüdlicher Anstrengung, ist durch einen zwischen den beiden Ländern geschlossenen Schiedsgerichtsvertrag der Friede gesichert. Dieser Vertrag ist ein Triumph für die Arbeiter Britanniens und Frankreichs; denn sie waren es, die — trotz Schmach und Hohn — vor 37 Jahren den Weg bahnten und schließlich erreichten, daß er angenommen wurde. Dem Vertrage folgte schnell eine von der britischen und von der französischen Regierung einberufene Konferenz, die leicht Mittel und Wege fand, alle wichtigen Streitigkeiten zwischen unserem Vaterlande und Frankreich aus der Welt zu schaffen. Der Bericht dieser Konferenz wurde vom französischen und vom britischen Parlament ratifiziert, mit dem Resultate, daß die in beiden Ländern gehegte Furcht vor einer Invasion nicht mehr existiert, zum Nachteil der Wörperspieler und der Verbreiter blinder Ränke, jedoch zum Vorteil der Arbeiterschaft im allgemeinen. Was kann die Arbeiter Deutschlands und Britanniens hindern, zu tun, was Frankreich und Britannien getan haben? Zwischen Euch und uns gibt es weder Streitigkeiten noch Ursachen zu Streitigkeiten miteinander. Es ist nicht allein unser Wunsch, sondern es liegt auch in unserem Interesse, daß zwischen uns ungetrübte Eintracht herrsche, und doch erfindet und verbreitet eine Reihe von Zeitungen in beiden Ländern wesentlich böshafte Darstellungen mit Bezug auf das Uebelwollen Euch gegenüber. Solche Gefühle mögen vielleicht kriegslustige Journalisten und andere selbstmühtige Personen gegen, aber die Arbeiter, die Euch, den Arbeitern Deutschlands, die Hand der Freundschaft entgegenstrecken, teilen sie nicht. Freudig erregt über den Fortschritt, den man mit dem Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens gemacht hat, dessen Durchführung einen Ausweg bei der Beilegung von Streitigkeiten bedeutet, wünschen diejenigen, die mit dieser brüderlichen Völkerschaft Euch nahestehen, und alle, die unter dieses Schriftbild ihren Namen gesetzt haben, aufrichtig, dieselben freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Britannien zu schaffen, die jetzt zwischen

unserem Vaterlande und Frankreich herrschen. In diesem Geiste und mit dieser Hoffnung kommen wir zu Euch. Wenn auch bei vielen von uns die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinandergehen, sind wir einig in dem Glauben, daß der Friede nicht nur der Lebensodem ist, sondern die erste und unerlässliche Bedingung des Fortschritts. Stark in diesem Glauben; wollen wir noch ein Glied an der Kette menschlicher Brüderlichkeit schmieden und die Kette, welche das deutsche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte der Zwietracht nicht im Stande sind, sie zu zerreißen. Jedoch ist all unser Glauben und Kräfte, so wichtig es auch sein mag, von geringer Bedeutung im Vergleich mit der mächtigen Aufgabe, die drückende, vom Militarismus und durch kostspielige Rüstungen auferlegte Bürde zu erleichtern. Wir glauben, daß mit geringen Ausnahmen Monarchen und Staatsmänner wirklich danach streben, den Krieg zu vermeiden, obgleich manche derselben sonderbare Ansichten über die besten Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens haben. Was auch immer die Ansicht der Herrscher sein möge, die Erzeuger des Wohlstandes haben alle Ursache, Streitigkeiten beizulegen, ohne einander zu bekämpfen. Sie sind nicht schuld an den Unzufriedenheiten der Nationen, aber sie haben die Kriegskosten zu bezahlen und ihr Blut zu vergießen.“

Wir haben nicht den Auftrag, für die Arbeiter Frankreichs zu sprechen, doch — wie wir sie kennen — dürfen wir wohl dem Glauben Ausdruck geben, daß sie freudig die mit uns geschlossene Verbrüderung auf Euch ausdehnen würden, und wenn sich die Arbeiter Britanniens, Frankreichs und Deutschlands aufeinander schließen in dem Verlangen, daß an Stelle des Krieges das Schiedsgerichtsverfahren treten soll, dann wird der verderbliche Einfluß der Ausbeuter und der Verbreiter blinder Ränke und ihrer Organe geschwächt, läuft der Friede Europas weniger Gefahr, gebrochen zu werden, und aus den Taschen der Arbeiter göße man nicht mehr Millionen, um sie an Rüstungen zu verschwenden. Es würde uns freuen, wenn Ihr mit uns in Ideenaustausch tretet oder unseren Besuch erwiedern wolltet.“

Die Versammlung nahm folgende, vom Reichstagsabgeordneten Fischer-Berlin vorgeschlagene und mit enthusiastischem Beifall begrüßte Resolution einstimmig an:

„Die in den freien Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterklasse aufs herzlichste und nimmt die von ihnen überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Uebereinstimmung mit dem Beschluß der politischen Vertretung der flachenbewohnenden Arbeiterklasse Deutschlands erklärt sie: Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, wie Kulturvolles — wie das englische und das deutsche — gegenseitig zu verheizen und zum Kriege aufzufachen, dient nur den engstirnigen und kurz-sichtigen Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffen Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen, wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Nationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt: verpflichtet sich die heutige Versammlung — entsprechend der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart —, Hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Betracht kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der schamlose Geist überwunden und der Frieden gesichert wird.“

Auch die Girsch-Dunderschen Gewerbevereine hatten an demselben Tage in ihrem Verbandshaus eine Demonstration veranstaltet, in der dieselben Engländer, die vorher in der „Neuen Welt“, gesprochen hatten, das Wort nahmen. An dieser Versammlung nahm auch der ehemalige preussische Minister v. Berlepsch teil. Nach Kundgebung der Adresse wurde folgende Resolution angenommen:

„Die im großen Saale des Gewerbevereinshauses tagende, überaus stark besuchte Gewerbevereinsversammlung billigt die Antwort des Zentralrates auf die Adresse der englischen Arbeiterschaft und bringt erneut zum Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter in Frieden und Freundschaft leben wollen mit allen Nationen, insbesondere auch mit dem Volk Großbritanniens. Unsere Parole soll sein: Krieg dem Kriege, hoch die Arbeit und der Fortschritt der Kultur im friedlichen Wettstreit der Völker!“

Abends wurde die englische Delegation im Berliner Gewerkschaftshaus festlich empfangen. Der englische Abgeordnete E. W. Wörmann sprach in einer Rede seine Freude aus über die großen Fortschritte der deut-

lichen Gewerkschaften, die alle Schwierigkeiten von einst so glänzend überwunden haben; er fügte hinzu:

„Die deutschen und englischen Gewerkschaften wetten heute miteinander, aber uns erfüllt kein Neid, wir sind froh über diese Rivalität. Die englischen Gewerkschaften waren früher gewohnt, sich ihrer großen Fonds zu rühmen; aber die Notwendigkeit, diese zu schützen, hat zur Gründung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei bewogen, die heute 50 Vertreter im Parlament hat und die nichts als die Interessen des Proletariats vertritt. Von ihnen sind eine Anzahl Sozialdemokraten; alle aber kämpfen gemeinsam für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Und wenn die deutschen Arbeiter sich durch immer nicht derselben Freiheit erfreuen, wie die englischen, so bin ich fest überzeugt, daß Sie alle Schwierigkeiten überwinden werden und Ihrer parlamentarischen Vertretung den Einfluß erobern werden, der ihr gebührt.“

Nach Wörmann sprach noch Henry Bibian, der im Namen der englischen Genossenschaftsbewegung sprach, der Abgeordnete George Nicholls im Namen der Landarbeiter, Gabelow Wilson, der Organist der Seeleute, und als letzter Redner T. Morgan von der internationalen Schiedsgerichtsliga. Alle Redner betonten den Wahnsinn eines englisch-deutschen Gegensatzes. Ihre Versicherungen gemeinsamen Kampfes für den Frieden und für die Emanzipation des Proletariats erwiderten stürmischen Beifall bei den Versammelten.

Die Berliner Polizei befandete bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihre Verbohrtheit. Sie hatte in der Nähe der Versammlungsorte starke Aufgebote von Schuttpolen untergebracht. Es waren sogar die Soldaten der ganzen Garnison in den Kasernen konzentriert. Offenbar hegte man in maßgebenden Kreisen die naive Befürchtung, die für den Frieden demonstrierenden Berliner Arbeiter würden einen Putzch verjagen! Die Kundgebung verlief natürlich in der größten Ordnung; Polizei und Militär hatten keinen Anlaß zum Einschreiten. Es gereicht Preußen-Deutschland gerade nicht zur Ehre, daß die öffentliche Gewalt neben friedlichen Demonstrationen der Arbeiterschaft die bewaffnete Macht in die Erscheinung treten läßt.

Die Reichsfinanzreform. Der Reichsschatzsekretär Sydow ist nun endlich dazu gelangt, etwas „Authentisches“ über seine Finanzreformprojekte in der „Nordd. Allgem. Zeitg.“ veröffentlicht zu lassen. Diese Veröffentlichung ist der Extrakt eines Auftrages Sydows, der im Oktoberhett der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht werden soll. Der Verwaltung des Reichsbudgets und Reformator der zerstückelten Reichsfinanzen enthielt allerdings nur einen Teil seines sogenannten Reformprogramms. Er schildert die Reichsfinanzen als sehr ungünstige und rechnet einen Mehrbedarf von annähernd 500 Millionen Mark für die nächsten Jahre heraus, der durch neue oder erhöhte Steuern gedeckt werden soll. Er führt u. a. an, daß die Mehreinnahme durch folgende Aufgaben geboten sei: Die vorgesehene Witwen- und Waisenversicherung soll ins Werk gesetzt werden; eine Erhöhung der Reichsbeamtengehälter soll eintreten; der Reichsinvalidenfonds braucht Zuschüsse; die Grunderwerbsteuer soll beseitigt und die Fahrtensteuer soll preisgegeben werden.

Für die Deckung des Mehrbedarfs von 500 Millionen Mark jährlich fast Sydow zunächst die höhere Besteuerung des Konsums ins Auge; doch läßt er die Frage offen, ob er das Branntweinmonopol vorschlagen wird. Weiter nimmt er eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer in Anspruch. Nach seiner Behauptung sind Branntwein, Bier und Tabak schon um deswillen geeignete Steuerobjekte, weil sie keine Genussmittel sind und daher die Hinterwerfung unter die Steuer seitens der Konsumenten in gewisser Weise den Charakter der Freiwilligkeit trägt. Das ist eine kuriose, steuerpolitische Weisheit, die allerdings nicht neu ist. Immer haben die Verteiliger der indirekten Steuern diejenigen Konsumartikel, die das arbeitende Volk nicht unbedingt zur Befriedigung seiner Existenz gebraucht in ebenso ungünstiger wie geschickter Weise als „Luxusartikel“ bezeichnet und die Steuern auf solche Artikel als „Luxussteuern“ gestempelt. Es handelt sich aber bei der Besteuerung von Branntwein, Bier und Tabak tatsächlich um die Belastung solcher Artikel, deren Konsum einem Bedürfnis der breiten Volksmassen entspricht. Steuern auf Branntwein, Bier, Tabak und sonstige dieser Genussmittel greifen tief in die Lebenshaltung der breiten Volkschichten ein. Und überdem sind ja auch die notwendigen Lebensmittel durch die agrarische Schutzpolitik den Massen längst in unerhörter Weise verteuert worden. Da nimmt sich die Berufung darauf, daß Branntwein, Bier und Tabak „reine Genussmittel“ seien, um so mehrwunders aus. Es ist nicht wahr, daß die Hinterwerfung unter die Steuer auf diese Artikel den Charakter der Freiwilligkeit trägt. Auch das Bedürfnis nach solch „reinen Genussmitteln“ ist ein zwingender Faktor.

Vielleicht wird Herr Sydow auch noch eine Steuer auf Schaum (Hille) Meise fordern, damit es nicht so ausseht, als ob er es nur auf den Schnaps, das Bier und das Pfeifchen des armen Mannes abgesehen habe.

Zudem bestirnt er die Besteuerung der Erbschaften durch Einführung einer allgemeinen Nachlasssteuer, die den Nachlass als solchen trifft, und kleinere Vermögen bis zu 20 000 freilassen soll. Endlich will er die Patente- und Erbschaftsteuer pro Kopf der Bevölkerung um 40 % erhöhen.

Der Reichsschatzsekretär erklärt kategorisch, die Ordnung der Reichsfinanzen sei eine Lebensfrage für das

Deutsche Reich und seine Gliedstaaten; sie müsse gelöst werden, und zwar jetzt, da jede hinauschiebung die Lösung nur noch erschweren werde.

Genau betrachtet, bringt auch diese Auslassung Sydows nicht viel Neues; bühliche Klarheit kann erst durch die Veröffentlichung der Entwürfe selbst gewonnen werden, zumal Herr Sydow ganz allgemein und bestimmt davon redet, daß er noch andere Steuern in petto hat für den Fall, daß der Reichstag auf seine nächsten Vorschläge nicht oder nicht genügend eingeht. Da steht noch die Einkommensteuer, die Grunderwerbsteuer, die Zehnersteuer, die Mehrsteuer und so manches andere im Hintergrunde.

Der kleine Befähigungsnachweis in Kraft! Am in Kraft getreten. Von diesem Tage an wird nach der Reichsgewerbeordnungs-Novelle, die der Reichstag im Mai d. J. beschloß, hat die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben nur noch solchen Personen ausgestellt, die vor dem 1. Oktober 1884 geboren sind und die Meisterprüfung bestanden haben. Gaben solche Personen die Meisterprüfung nicht für dasjenige Gewerbe oder denjenigen Zweig des Gewerbes bestanden, in dem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, so haben sie die Befähigung dann, wenn sie in diesem Gewerbe entweder die Lehrgelt zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben, oder fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt haben, oder während einer gleich langen Zeit als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen widerruflich verweigern. In den Ausführungsbestimmungen, die der preussische Handelsminister für Preußen erlassen hat, empfiehlt er mit Rücksicht auf die tief einschneidende wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme besondere Vorkehrungen. Jedenfalls sei es gut, bei allen Verleihungen und Entziehungen der Befähigungsbefugnis, Handwerkskammern und Innungen zu befragen.

Die Novelle bestimmt weiter, daß jeder Lehrling nach Ablauf der Zeit eine Gesellenprüfung abzugeben hat. Zur Meisterprüfung werden nur solche Personen zugelassen, die eine Gesellenprüfung bestanden haben. Es ist nicht nötig, daß der Geselle seine Gesellenprüfung in dem Handwerk abgelegt hat, in der er seine Meisterprüfung ablegen will. Wer zum Beispiel in seiner Gesellenschaft umfattet, braucht für die bevorstehende Meisterprüfung nicht erst noch eine Gesellenprüfung im neuen Handwerk abzulegen. Ausnahmen betreffend der Gesellen- und Meisterprüfung sind für ältere Handwerker zulässig. Wollen sie heute noch den Meistertitel erwerben, so kann ihnen die Gesellenprüfung erlassen werden, wenn sie eine solche früher nicht bestanden hätten. Es wird in Zukunft streng darauf gesehen werden, daß der Meistertitel nur von Handwerksleuten geführt wird, die die Meisterprüfung bestanden und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Es sind Uebergangsbestimmungen vorgesehen, und zwar dahin, daß Personen, die vor dem 1. Oktober 1908 das Recht der Lehrlingshaltung besaßen, den Bestimmungen der Novelle aber nicht entsprechen, also nicht Meister sind und nach dem 1. Oktober 1884 geboren sind, ihre Lehrlinge ausstellen lassen dürfen. Nach dieser Zeit haben sie sich den Bestimmungen des Gesetzes zu unterwerfen, wenn sie ferner Lehrlinge anleiten wollen. Während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten, also bis 1. Oktober 1913, darf die Zulassung zur Meisterprüfung vom Reich den Gesellenprüfung nicht abhängig gemacht werden.

Dieser „kleine“ Befähigungsnachweis ist eine weitere nicht unerhebliche Konzeption an das Zunftsystem. Dieses ist damit aber nicht aufzuheben; es verlangt kategorisch die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises im Rahmen des Zwangsinnungsweises.

Zusammentritt der Parlamente. Der Reichstag wird am 4. November zusammentreten, der preussische Landtag am 20. Oktober.

Reichstagsnachwahlen. In den letzten Wochen haben einige Nachwahlen zum Reichstage stattgefunden, an denen die Sozialdemokratie in größerem Maße beteiligt war. In Ludwigshafen-Speyer war die Nachwahl durch den Tod unseres Genossen Gehrbart notwendig geworden. Das Mandat wurde mit großer Mehrheit und einem beachtenswerten Stimmengewinn von der Sozialdemokratie behauptet. Gewählt wurde der Adjunkt (weiter Bürgermeister) Binder in Ludwigshafen. In Seimfeld-Wollensbüttel mußte ebenfalls wegen Todesfalls neu gewählt werden. Der Kreis war vorher durch einen Agrarier vertreten. Das Mandat blieb den Konservativen. Der Landwirt Kreye siegte in der Stichwahl gegen unseren Kollegen Heinrich Niese-Braunschweig.

Steigende Preise und sinkende Löhne sind die Signatur des deutschen Vergewalt. Trotz der Wirtschaftskrise sind die Kohlenpreise in Deutschland noch weiter gestiegen. Um nur die gangbarsten Kohlenarten anzuführen, seien folgende genannt:

	Juli 1908 pro Tonne	Juli 1907 pro Tonne	Steigerung in Prozenten
Niedersch. Gas- und Stückholz	19,—	16,80	13,1
Obersch. Gas- und Stückholz	14,20	12,—	18,3
Ausfuhrkohle Dortmund	12,75	12,50	2,0
Buddehofe Dortmund	11,—	10,80	1,8
Kammsche Saarbrücken	13,40	12,80	4,7
Besthofe Saarbrücken	12,75	12,20	2,9

Nach einer Meldung hat die königl. Werkverksdirektion in Koblenz (Oberhessen) die Preise für Anthrazit, Stückholz und Briketts um weitere 50 % erhöht. Während in anderen bergbaureichen Staaten, z. B. in England, die Kohlenpreise infolge der wirtschaftlichen Depression um 10 pSt. und noch mehr gefallen sind, halten sich bei uns die Kohlenpreise. Die Werkskapitalisten verziehen ihr Geschick! Den inländischen Konsumenten werden Preise abverlangt, die die Exportfähigkeit vieler Betriebe in Frage stellen, dafür wirkt man Millionen

Leuten Kohlen zu Scheiterpreisen nach dem Auslande ab. Die Ausfuhr ist im fortgeschrittenen Stiegen begriffen, während die Einfuhr von Kohlen sinkt. Das ist der Boden, auf dem die Syndikatspolitik ihre Orgel feiert.

Als wirbige Ergänzung dieser Seite der Syndikatspolitik erhebt sich die Vertiefung der Arbeiterfrage. Von den 20 Jahren der Vergewalt in Ruhrbächen hat der Deutsche Bergarbeiterverband festgestellt, daß sie im Durchschnitt im vierten Quartal 1907 M. 4,99, im ersten Quartal 1908 M. 4,87 und im zweiten Quartal 1908 nur noch M. 4,82 betrugen. Die Lohnsenkung zeigt sich im Ruhrbergbau bei allen Vergewaltungen nicht gleichmäßig. Vornehmlich sind es die Haare, die Haare lassen müssen, wie folgende Zahlen über den Durchschnittslohn der Ruhrbergleute zeigen. Es verdienen:

	Eigentliche Bergarbeiter, Dauer (50 pSt.)	Sonstige untergeordnete Arbeiter (25 pSt.)	Arbeiter über Tage (19 pSt.)	Jugendliche Arbeiter (8 pSt.)
4. Quartal 1907..	6,14	4,15	3,96	1,40
1. Quartal 1908..	5,94	4,09	3,89	1,40
2. Quartal 1908..	5,85	4,09	3,93	1,38

Der Haarclohn ist also durchschnittlich um 20 % gefallen pro Schicht. Und das innerhalb der kurzen Zeit. So handeln also die Kohlenbarone: Ausplünderung des Volkes durch untergeordnete Kohlenpreise und Verdrängung ihrer Arbeiter durch Lohnsenkungen. Jedenfalls will man zu einem neuen Generalstreik ansetzen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hausstädte:

Hamburg (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook), **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Trittau (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meier in Möhnsen), **Rendsburg** (Sperren über das Rader Koks- und Walzwerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), **Geesthacht-Lauenburg** (Sperre über Basedow in Krümmel, Grünhof, Tesperhude);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrensberg a. Fischland** (Sperre über Helms);

Brandenburg:

Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), **Fürstentum** (Sperre über Patol), **Mittenwalde** (Sperre über Spreewitz a. Schadow), **Ützerberg** (Sperren über alle Bauten des Unternehmers Lehmann aus Torgau, über Niendorf und über Schiffer, Bau Militisch in Kaltenborn), **Zossen** (Differenzen bei der Firma Britz in Klausdorf);

Ost- und Westpreussen:

Hammerstein (Sperren über Kofahl und Kargo), **Osterode** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteam, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeierstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengosserei E. Becker & Co.), **Knaackleeberg** (Sperren über David Ludley und L. Loos), **Saundersdorf** bei Zwickau (Sperre über Berger aus Schönheide), **Mülsen** (Sperren über Ferd. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf), **Grimma** (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Kensberg (Sperre über Bantzmann aus Lützen), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbetta);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Greßler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipp:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperren über Pape in Nordsehl und Zement in Helsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Münster, Westerstede** a. Umgend (Differenzen), **Visselhövede** (Differenzen), **Nordenham** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), **Glesmarode** (Sperre über den Nerbau des Schöninger Bahnhofs), **Grusendorf** (Sperre über Thiele aus Lehre), **Holzhausen** (Sperre über Ringe);

Hessen:

Rinteln (Sperre über Ackemann in Oberkirchen und Ebbling in Vehlen), **Griß** (Sperre über Fröhlich aus Gensungen);

Westfalen und Rheinland:

Eibfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfeld aus Gerresheim und über die Arbeiten der Firma Diederich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Bonnath** (Sperre

über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Lamperts und Vellauer), **Minden** (Sperre über den Bau des Unternehmers Flieger in Berkhäusen);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Sperre über Stadel), **Mülhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal), **Strassburg** (Sperre über Schüttele);

Fliesenleger:

Grefeld (Streik), **Mülheim-Ruhr** (Sperre über Mühlenbrück & Mathies), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Kiel** (Differenzen);

Isolierer und Steinhölzer:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), **Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Moltkestr. 23).

Schweiz:

Olten (Streik);

Oesterreich:

Karlsbad, Triessch.

Dänemark:

Aalborg Feuerungsanlagen auf der Gasanstalt. Ausführende Firma ist die Stettiner Chamottefabrik.

Gau Berlin.

In **Jüterbog** berufen sich die Unternehmer fortwährend, den Lohn zu kürzen. Der Unternehmer Lehmann aus Torgau führt auf dem Schießplatz Arbeiten aus und zahlt statt 50 % nur 47 und 43 % am Lohnstage aus. Nachdem die Sperre über diese Bauten verhängt worden war, legten die Kollegen von Jüterbog die Arbeit nieder. Leider sind aber acht Kollegen vom Zweigverein Torgau nicht zu bewegen, sich dem Vorgehen ihrer Mitkollegen anzuschließen; sie arbeiten als Streikbrecher weiter. Der Unternehmer Viedorf zahlt in **Mallershausen** nur 42 %, obwohl der Lohn seit Jahren 45 % beträgt. Die Kollegen legen dort die Arbeit nieder. Ueber sämtliche Arbeiten dieses Unternehmers ist die Sperre verhängt worden. Im **Bau Militisch in Kaltenborn** führt Schiffer aus Jüterbog die Arbeiten aus. Hier legen acht Kollegen die Arbeit nieder, weil ihnen der Lohn um 5 % gekürzt werden sollte. Auch dieser Bau ist gesperrt worden.

In **Strandberg** ist die Sperre über Riefegang beendet, nachdem er sich bereit erklärt hatte, den üblichen Lohn weiter zu zahlen. Es wird nun versucht werden, auch die übrigen Unternehmer zur Unterwerfung der bisherigen Lohnbedingungen zu zwingen.

In **Klausdorf b. Boffen** ist vom Unternehmer Witz der Lohn um 5 % gekürzt worden. Die Verhandlungen mit Witz sind resultatlos verlaufen. Die Mitgliederversammlung am 27. September wird jedenfalls die Sperre beschließen. Wir eruchen deshalb, diese Arbeiten zu meiden. In **Peegermühle** ist die Sperre über Hartmann beendet. Die bisherigen Löhne werden wieder gezahlt.

Gau Bremen.

In **Belmerhorst** haben die Bauarbeiter auf der Linoleumfabrik „Gans“ bei dem Unternehmer Gloßstein, der dort einen großen Schuppenbau ausführt, die Arbeit niedergelegt. Anlag dazu haben die Arbeiter und Schifane durch den Polier resp. durch den noch sehr jugendlichen Sohn des Herrn Gloßstein. Dieser noch nicht lange der Schule entwachsene junge Mensch führt die Aufsicht über die Arbeiten von einem eigens zur Beobachtung erbaute Gerüst. Er zahlt die Steine, die ein Maurer in der Minute vermauert und berechnet danach die Leistung. Die Bauarbeiter müssen sich die größten Kalkasten ausleihen, und wer da nicht mittragen will, erhält Feuerbrand. Diese Schifane wollten sich die Bauarbeiter nicht länger gefallen lassen und haben hierauf am 24. September morgens die Arbeit eingestellt. Da aber in dem bestehenden Vertrage der Rufus enthalten ist, daß vor Ergreifung einseitiger Maßnahmen, sie mögen einen Grund haben, welchen sie wollen, zuerst die Schlichtungskommission aufzusuchen, so betrachten die Unternehmer die Arbeitsniederlegung als ein Vertragsbruch und verlangen jetzt, daß erst die Arbeit wieder aufgenommen wird, bevor sich eine Schlichtungskommission mit der Sache befaßt. Die Unternehmer drohen in einem Schreiben vom 25. September, daß sie, wenn bis Sonnabend, den 28. September, die Bauarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen, am Sonntag morgen die Schlichtung sämtlicher biesiger Baugeschäfte in Erwägung ziehen wollen. Es scheint, als wenn sich die Unternehmer gerne des Vertrages entledigen möchten, da der Vertrag vom 1. Oktober d. J. an für alle drei Werke eine Lohnsteigerung von 2 1/2 % pro Stunde vorsieht. Nun ist die Arbeit am 28. einfallen wieder aufgenommen worden.

Gau Breslau.

In **Bundschel** konnte am 20. September endlich, die am 20. Juni verhängte Sperre über das Baugeschäft von Wietter in Wietze als aufgehoben erklärt werden, indem der Geschäftsinhaber seinen Beitritt zum Arbeitgeberbunde erklärte, womit die tarifmäßige Zahlung der Löhne verbunden ist. Befriedigt befinden immer einzelne Elemente unter den Unternehmern, sich die schlechte Konjunktur zu nütze zu machen, indem sie niedrigere Löhne zu zahlen versuchen. Um so höher ist aber hier der Erfolg zu veranschlagen, da es Wietter trotz der kolossalen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht gelang, genügend Arbeitswillige zu bekommen, so daß er nach vierzehntägigem Kampfe doch nachgeben mußte. Wietter zahlte vor der Sperre in Wietze (zum Breslauer Tarif gehörig) 40 % pro Stunde und muß jetzt die tarifmäßigen 55 % zahlen. Ein neues Beispiel für die Notwendigkeit der Organisation.

Von **Waldburg** wird berichtet, daß die Firma **Matfch & Gedde** den Baubelegeren, einen ruhigen, besonnenen Kollegen, gemeldet hat. Die treibende Kraft dabei ist der **Polier Herrmann**, der früher oft an dem Kollegen **Fürle** seine sauberen Kunststücke übte. In diesem Falle werden ihm die Kollegen beweisen, daß auch seine Macht eine Grenze findet. Arbeitsangebote von dieser Firma weisse man vorläufig zurück.

Gau Erfurt.

Von **Erfurt** wird über Differenzen bei der Kanalisation in **Sülzhain** berichtet. Die Arbeiter werden von der Firma **Sudh & Drenthahn** aus **Braunschweig** ausgeführt. Neulich hat man zwei Arbeiter, die dem Transportarbeiterverbände angehören, entlassen. Als Entlassungsgrund gab man an, sie hätten nicht genug getan. Die dort beschäftigten Arbeiter erblickten jedoch darin eine Mahnung und erklärten sich mit den Entlassungen solidarisch. An der Arbeitseinstellung sind auch zehn Verbandskollegen beteiligt.

Fliesenleger.

Die Kollegen in **Worm** haben beschlossen, über den Zwischenmeister **Kurlbaum** von hier die Sperre zu verhängen, weil er sich dem in ganz Rheinland-Westfalen anerkannten Tarif nicht unterwerfen will. Der Vorsitzende des Zweigvereins war beauftragt, mit dem Unternehmer **Kurlbaum** persönlich zu sprechen. **Kurlbaum** erklärte dem Beauftragten, er brauche keinen Tarif, er könne auch ohne Tarif Leute genug haben. Trotz der ungünstigen Geschäftslage hat **Kurlbaum** eine Menge Arbeiter, was wohl dem Umstände zuzuschreiben ist, daß er die Arbeiten zu Spottpreisen übernimmt. Daraus ergibt sich auch, daß **Kurlbaum** seinen Arbeitern Löhne zahlt, die jeder **Arbeitskollekt** hoch sprechen. Er beschäftigt in **Sülzhain** und **Düsseldorf** Maurer, Stuckateure, Gärtner, Mottensarbeiter und Hilfsarbeiter als Fliesenleger, die Löhne bis zu 38 $\frac{1}{2}$ hinunter erhalten. Ganz besonders tüchtige Fliesenleger erhalten 43 bis 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Außerdem bezahlt er nicht, wie üblich, an die Leute, die auswärts arbeiten, 2,50, sondern 1 $\frac{1}{2}$ Kostzulagen. Was diesen Leuten dann für ihre Familie übrig bleibt, kann sich jeder selbst denken. **Kurlbaum** beschäftigt augenblicklich ungefähr 20 Mann, wovon nur ganz wenige als Fliesenleger bezeichnet werden können. Es sind dies Leute, die während des Streiks und nach dem Streik bei ihm angelernt worden sind. So ist es denn auch erklärlich, daß **Kurlbaum** ein gut Teil seiner in **Sülzhain** ausgeführten Arbeiten wieder abgeben mußte und daß ihm der Rest ganz entzogen wurde. Wie **Kurlbaum** die Leute an sein Geschäft zu fesseln sucht, kann man daraus erkennen, daß **Kurlbaum** seinen Arbeitern oft hohe Rostschiffe gibt. Sein Schwager, der meistens auswärts arbeitet, hat in einem Jahr 200 mehr verbraucht als verdient. **Kurlbaums** Verdienst dagegen muß sehr groß sein, da er, als er vor verhältnismäßig kurzer Zeit von Hannover nach hier kam, nur einige Mark sein eigen nannte, jetzt aber Baustellen im Werte von 16 000 Mark bezog. Auch das Ausbeuten der Lehrlinge versteht **Kurlbaum** ausgezehrt. Ein 15jähriger Lehrling mußte für 1,20 pro Tag für acht Fliesenleger Material machen und zutragen, oft drei Etagen hoch. Es erregte das Mitleid jedes vernünftigen Menschen, wenn man den schwächlich gebauten Jungen den ganzen Tag das schwere Material schleppen sah. Und diese Arbeit bezogte der Lehrling ein ganzes Jahr, bis sich die Eltern ins Mittel legten. Als Arbeiter des Zwischenmeisters kommen in Betracht: in **Sülzhain** das Elektricitätswerk, in **Rippes** die Schulen und in **Düsseldorf** der Neubau Tisch und das Maschinenhaus von **Witbold**. Wir ersuchen nun die Fliesenleger und Maurer von **Sülzhain** und **Düsseldorf**, uns soviel wie möglich zu unterstützen. Es arbeiten augenblicklich bei **Kurlbaum** die Fliesenleger **Oedotzen**, **Jüllig** und **Mamm**. Diese Herren haben während des Streiks für acht Wochen Unterstützung bezogen, obwohl sie vor dem Streik noch keinen Pfennig an die Organisation gezahlt hatten.

Tarifvertrag für Württemberg.

In der letzten Zeit ist in **Württemberg** eine Tarifbewegung geführt worden, die namentlich mit der Unterzeichnung des Vertrages ihr Ende gefunden hat. Erst im Frühjahr 1906 hielt es der größere Teil der Stuttgarter Fliesenleger für nötig, sich in der Fliesenlegersektion des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands zu organisieren. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren bis dahin geradezu miserabel. Ein Stundenlohn von 45 bis höchstens 50 $\frac{1}{2}$, ein ganz wildes Affordsystem, das zur Folge hatte, daß Tag und Nacht gemüht wurde. Von einem Zuschlag bei auswärtigen Arbeiten keine Spur; kurz und gut, ein völlig unregelmäßiges Arbeitsverhältnis, bei dem natürlich die Unternehmer die Leidenden waren. Die Tätigkeit der Organisation begann sofort mit der Einreichung von Forderungen, die aber ohne weiteres abgelehnt wurden; ja, noch mehr, die Anerkennung der Organisation wurde rundweg verweigert. Es blieb nichts anderes übrig, als die Arbeit niederzulegen, was auch einmütig am Osterdienstag erfolgte. Das half bald. Erlaß für die Streikenden fand sich trotz aller Verbungen der Unternehmer nicht ein, und nach etwa dreiwöchigem Streik wurde die Organisation anerkannt. Es wurde ein Tarif vereinbart, der aber angesichts der früheren ganz miserablen Verhältnisse noch lange nicht das Entzettelte, was mindestens gewissermaßen wäre. Das Streben nach weiterer Verbesserung der Verhältnisse führte zu den Verhandlungen, die namentlich ihren Abschluß gefunden haben. Obwohl auch dieses Mal, um den Tarif auf friedlichem Wege zu erreichen, wieder so mancher Wunsch der Arbeiter zurückgestellt werden mußte, bedeutet der neue Tarif doch eine ziemliche Verbesserung gegen den alten. Der Windstille kann daraus den Nutzen der Organisation erkennen.

Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen des neuen Vertrages, der am 1. November 1908 seine Gültigkeit erlangt und bis zum 31. März 1911 dauert, hier folgen.

Arbeitszeit.

Die normale Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit zweistündiger Ruhepause.

Am Montag beginnt die Arbeit um 10 Uhr vormittags und am Samstag endigt dieselbe um 3 Uhr nachmittags.

Arbeitslohn.

Der Stundenlohn für einen Fliesenleger beträgt: vom 1. November 1908 bis 31. Dezember 1908 65 $\frac{1}{2}$ vom 1. Januar 1910 an 68 $\frac{1}{2}$.

An Zuschlägen zu vorstehendem Lohn wird vereinbart: für Überstunden 25 pzt., für Nachtarbeit 50 pzt., für Sonntagsarbeiten und für Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 100 pzt.

Die Affordpreise werden bei Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten um dieselben Prozentsätze erhöht.

Affordtarif.

a) Bodenbeläge.

	pro Quadratmeter
1. Tonplatten	85
2. Steinplatten über 120 mm groß	90
3. Steinplatten 120 mm groß	120
4. Steinplatten 100 mm groß	130
5. Treppenplatten	110
6. Dreiecksform I. bis III.	130
7. Gerger Mauer	150
8. Sechseck mit Rauten über 120 mm	120
9. Sechseck mit Rauten 110 bis 120 mm	150
10. Zulage für Einlegen von Streifen in die Fußböden bis zu 4 cm breit	15
11. Rinker nach Ziegelformat	80
12. Terrazzoplatten	50

b) Wandbeläge.

	pro Quadratmeter
1. Viereck, Rechteck, Rautenplatten von 120 bis 180 mm einschließlich Ausfügen	250
2. Bodenplatten — glasiert oder unglasiert, 144 bis 180 mm, an die Wand — einschließlich Ausfügen	220
3. blo. unter 144 mm	240
4. Diagonal verlegte Platten, Zuschlag	50
5. Verbleiber 12/7 cm einschließlich Ausfügen	320
6. blo. mit Eisen gefügt	380
7. Streifen, Zuschlag	15
8. Sockel, Gohlstein, Eck- und Runderleisen	30
9. Gohlsteinsockel	40
10. Treppenhäuser	30
11. blo. mit Schräge oben und unten	350
12. Arbeiten an Vogensteinen	350
13. Verbleiber glasierte Verbleiber einschl. Ausfügen	350
14. blo. mit Eisen gefügt	410
15. Vogensteinhäuser Platten	270
16. Verlegen von Schuppenplatten	350
17. Deden, Zuschlag	10

Einzelne Arbeiten unter 1 qm werden im Tagelohn ausgeführt. Rademauern ebenfalls im Tagelohn.

Neu eingeführte und schwierige Arbeiten werden, wenn eine Vereinbarung über Afford nicht zu Stande kommt, im Tagelohn ausgeführt. Nebenarbeiten, wie Fußablagen, Umwerfen der Wände, Ausfüllen der Wöden usw. werden gegen Verzeigung von Mapporzetteln im Tagelohn bezahlt, ebenso für kleine Aufschüsse, welche ohne Vergleichs des Legers ausgeführt werden müssen.

Auswärtige Arbeiten.

Bei auswärtigen Arbeiten wird zu den vereinbarten Tagelohn- und Affordhöhen ein Zuschlag von 20 pzt. bezahlt. Die zur Fahrt und Mitterzeit benötigte Zeit ist mit 65 pzt. 68 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu bezahlen.

Ist der Arbeitsort vom Wohnort des Arbeiters nicht weiter entfernt als der Sitz des Arbeitgebers, so fällt der Zuschlag weg.

Als nicht auswärtige Arbeiten gelten außer Groß-Stuttgarter-Ludwigsburg-Erlingen-Münchinger-Verdingen und alle näheren Orte bei Stuttgart, jedoch werden für diese Orte Wochenlöhne vergütet.

Schlichtung von Streitigkeiten.

Streitigkeiten aus diesem Vertrag sind durch eine Schlichtungskommission, bestehend aus je drei Vertretern der beiden vertragsschließenden Körperschaften zu schlichten.

Allgemeines.

Die erforderlichen Materialien, Schleifsteine, Bürsten, Wefen, Schämme, Kiesel und Gießstangen sind vom Arbeitgeber zu liefern. Der Arbeiter hat für die Rückgabe derselben Sorge zu tragen.

Das Material wird in oder am Bau abgeladen. Die Arbeitsgeräte werden unentgeltlich an die Arbeitsstelle geschafft. Der Transport der Materialien auf die Verwendungsstelle ist Sache der Lege. Wollen die Lege dazu Tagelöhner verwenden, so haben sie das dem Arbeitgeber oder dessen Vertreter auf der Baustelle zu melden. Die Auszahlung der Hilfsarbeiter erfolgt durch den Arbeitgeber. Von den Löhnen der verwendeten Hilfsarbeiter haben die Lege pro Stunde 33 $\frac{1}{2}$ zu tragen, welche den Lege an ihrem Arbeitsverdienst abgezogen werden. Sollte Material nachbestellt werden müssen, so hat dies bei Zeiten zu geschehen. Muß ein Lege infolge Fehlens von Material aussetzen, so kann daraus kein Anspruch auf die Vergütung der Zeitverlängerung hergeleitet werden.

Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes.

Verbandskalendar. Immer noch sind einige Zweigvereine mit den Kalenderbestellungen im Rückstand. Soweit sie überhaupt noch auf Kalender reflektieren, müssen die Bestellungen jetzt sofort aufgegeben werden.

Die Abrechnungsformulare für das dritte Quartal sind am 26. September verhandelt worden. Die Zweigvereinskassierer, die diese bis zum 1. Oktober nicht erhalten haben, wollen das sogleich mitteilen.

Stierbeleg darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgefertigt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitglieds und
- die Sterbende.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungsanweisungen wurden in der Zeit vom 21. bis 27. September für folgende Mitglieder erteilt:

St. Wilmann-Odenburg i. G., 179 280; **Karl Fischer** - **Burgen**, 108 848; **W. Wendt-Chemnitz** (Frau), 59 078; **Fritz Schneider-Magdeburg**, 42 687; **G. Krönert-Magdeburg** (Frau), 41 928; **G. Altko-Münster**, 218 847; **Herrn. Härtel-Briegitz**, 418 932; **Herrn. Reichardt-Kemmen**, 210 717; **Herrn. Sonntag-Danzig**, 225 258; **Job. West-Kemnitz** i. M., 90 835; **Ghr. Stephan-Peck**, 125 131; **G. Müller-Siebenbrunn**, 293 022; **Ghr. Schmitz-Göln** (Frau), 129 151; **Heinrich Baubach-Dortmund**, 64 192; **D. Jolmer-Kreisling** (Frau), 298 907; **G. Richter-Nieba**, 248 330; **Aug. Winge-Berlin**, 10 583; **W. Jahnke-Metteln**, 90 914; **G. Jahnke-Braunschweig** i. M. (Frau), 271 491; **Ernst Lüdtke-Bolsdam**, 259 873; **Rob. Bräutigam-Freihagen**, 301 238; **Job. Weste-Göln**, 65 883; **Er. Schreiber-Prising** (Frau), 262 848; **Job. Schöte-Jechow**, 34 056; **Willy. Maas-Dortmund**, 119 249; **Wulf. Scholz-Weisermühl**, 133 670.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 22. bis 28. September 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Verband M. 100, **Eintragsdorf** 291,56, **Düren** 99,75, **Erling** 500, **Geyer** 50, **Herrn** 800, **Hamburg** 2500, **Hamn** 250, **Kayna** 200, **Karlshagen** 600, **Landau** 100, **München** 1000, **Wiesbaden** 300, **Danabrid** 200, **Wormsheim** 800, **Seidenbrun** 60, **Schmiedel** 34,18, **Tangerhütte** 100, **Tandau** 100, **Zeulenroda** 200, **Zittau** 800.

b) Für Kalender.

Eintragsdorf M. 25, **Wormsheim** 60, **Schmiedel** 3.

Marken-Verband. Vom 7. bis 26. September sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalpostmarken):

Anklam 100 B zu 30 $\frac{1}{2}$, **1000 B** zu 40, **Näim** 200 B zu 40, **Angsborg** 100 E zu 50, **Wit-Bienhorf** 100 B zu 45, **100 L** zu 10, **Amberg** 17 E zu 50, **Amberg** 600 B zu 45, **Artern** 50 E zu 50, **Müncheln** 800 B zu 30, **Amstahl** 800 B zu 50, **10 E** zu 50, **10 E** zu 150, **Amstahl** 20 E zu 50, **10 E** zu 150.

Brunsbüttel 1000 B zu 55 $\frac{1}{2}$, **400 K** zu 10, **Wlogheim** 800 B zu 45, **Wodwig** 10 E zu 50, **Bramsche** 200 B zu 45, **Bürgel** 600 B zu 40, **Witow** 200 B zu 35, **10 E** zu 50, **5 E** zu 150, **Bernau** 400 B zu 60, **100 B** zu 50, **100 B** zu 65, **Breslau** 400 B zu 40, **Wormen** 8000 B zu 65, **800 B** zu 60, **800 A** zu 25, **Wülfing** 600 B zu 35, **Bergen** 2000 B zu 40, **2000 L** zu 5, **Witten** 300 E zu 50, **Wundow** 100 B zu 40, **100 A** zu 25, **Vertheim** 400 B zu 30, **Wundmühle** 200 A zu 25, **Bausen** 400 B zu 30, **Worby** 200 B zu 45, **200 B** zu 30, **Burgstädt** 2000 B zu 40, **Wilmshausen** 250 B zu 40, **50 A** zu 25, **Wismarsbüttel** 200 B zu 45, **Borna** 1800 B zu 45, **200 B** zu 40, **Wiere** 50 A zu 25, **Wienhofen** 100 A zu 25, **Wienburg** i. Thür. 200 B zu 45, **Wurmsfeld** 500 B zu 50, **20 B** zu 70, **Wormberg** 2000 B zu 45.

Cunghaven 100 B zu 50 $\frac{1}{2}$, **2000 B** zu 60, **Croppenstedt** 600 B zu 35, **400 B** zu 30, **Calbe a. d. Milde** 300 B zu 35, **Croftig** 800 B zu 45, **Cöpenitz** 200 B zu 30, **Caputh** 100 A zu 25, **Cossin** 1000 B zu 35, **Cöln** 2000 B zu 65, **Celle** 200 B zu 35, **Cramm** 200 B zu 40, **Camburg** 3 E zu 150, **700 B** zu 35, **Chemnitz** 50 B zu 35.

Delitzsch 1200 B zu 45 $\frac{1}{2}$, **200 B** zu 40, **Dresden** 10 000 B zu 50, **10 000 B** zu 55, **10 000 B** zu 70, **Dresden** 1200 B zu 40, **Dömitz** 200 B zu 35, **Döbeln** 200 A zu 25, **Duisburg** 100 B zu 30, **Deutsches Rasthaus** 600 B zu 45, **Deffau** 20 B zu 40, **50 A** zu 25.

Effen 200 L zu 50 $\frac{1}{2}$, **Erfurt** 1000 B zu 40, **100 E** zu 50, **Eisenach** 200 B zu 30, **100 A** zu 25, **Eggstein** 100 B zu 40, **Eberswalde** 1600 B zu 55, **400 A** zu 25, **Eichershausen** 200 B zu 35, **Erlingen** 400 B zu 50, **Erling** 30 B zu 25, **Eisenberg** 2000 B zu 40.

Frankenberg 600 B zu 40 $\frac{1}{2}$, **Julda** 50 E zu 50, **Friedersdorf** 200 B zu 50, **Fleischburg** 3000 B zu 80, **Friedland** i. M. 400 B zu 40, **50 B** zu 35, **50 B** zu 30, **5 E** zu 150, **100 K** zu 10, **10 E** zu 50, **50 A** zu 25, **Fischau** 200 B zu 65, **10 E** zu 150, **Gelenau** 200 B zu 45 $\frac{1}{2}$, **Groß-Schönbeck** 100 B zu 35, **100 A** zu 25, **Gladbach** 800 B zu 55, **Guben** 400 A zu 25, **Gießen** 50 E zu 50, **25 E** zu 150, **Görlitz** 100 B zu 40, **200 B** zu 35, **150 B** zu 30, **50 A** zu 25, **Groß-Preben** 100 B zu 40, **Glogau** 50 E zu 50, **30 E** zu 150, **Glauchau** 2000 B zu 30, **Groß-Gabersdorf** 200 B zu 40, **Gronau** 200 B zu 35, **Grimma** 400 B zu 35, **200 A** zu 25, **1200 B** zu 40, **5 E** zu 150, **Geyer** 400 B zu 30, **200 B** zu 35, **Groß-Westen** 50 B zu 40, **50 B** zu 50, **Göppershausen** 5 E zu 150, **Görsnitz** 400 B zu 40, **10 E** zu 50.

Hagenow 600 B zu 40 $\frac{1}{2}$, **200 A** zu 25, **100 K** zu 25, **Hambrecht** 600 B zu 35, **1 E** zu 300, **Hammerstein** 400 B zu 40, **Sammetstall** 400 B zu 40, **Hintersee** 500 B zu 30, **Heinrichswalde** 25 A zu 25, **Hamburg** 6000 B zu 60, **2000 K** zu 10, **500 E** zu 50, **100 E** zu 150, **Heggenmühle** 100 B zu 40, **100 A** zu 25, **Hagen** 5000 B zu 60, **1000 A** zu 25, **Selmbruchs** 400 B zu 35, **Herrnsdorf** i. d. Mark 50 A zu 25, **100 B** zu 65, **Hersfelde** 200 A zu 25, **Hohenstein** 2000 B zu 40.

Hiltberg 800 A zu 25 $\frac{1}{2}$, **Jauer** 200 B zu 35, **Jehm** 100 B zu 30, **Jimenau** 400 B zu 45, **Jerichow** 300 B zu 35, **Joachimsthal** 150 B zu 45, **100 B** zu 30, **50 A** zu 25.

Karlshagen 500 B zu 40 $\frac{1}{2}$, **Kolmar** i. Pfalz 10 E zu 150, **25 A** zu 25, **Rüth** 400 B zu 40, **100 L** zu 10, **Kremmen** 200 B zu 40, **400 A** zu 25, **Riet** 800 B zu 40, **Kröppel** 400 B zu 35, **100 A** zu 25, **Krafow** 50 B zu 30, **König** 800 B zu 40, **600 B** zu 35, **Kayna** 1000 B zu 45, **50 A** zu 25, **Kulmbach** 150 B zu 40, **Rappeln** 200 B zu 40, **Königsberg** i. d. Neumark 400 B zu 30.

Der Vertreter von Th. & St. rechtfertigte das Vorgehen seiner Firma. Diese habe die Arbeiter für den Fabrikneubau in Göggingen zu einer Zeit übernommen, wo der Tarifvertrag für das Baugewerbe noch nicht in Geltung war und sei damals die Verpflichtung eingegangen, die Arbeit nach dem Beginn des Winters fertigzustellen; dazu habe man von Anfang an mit Überstunden rechnen müssen. Nunmehr dränge die Fertigstellung; daß der Bau noch vor Winter fertig werde, der Sommer über sei, der Fabrikbetrieb in Göggingen aufrecht erhalten worden; im Winter aber könnten die Arbeiter in den Gögginger Fabriken nicht beschäftigt werden, weil dieselben nicht beheizt wären, ja, aus feuerpolizeilichen Gründen überhaupt nicht geheizt werden dürften; die Verarbeitung von nassem Garn in ungeheizten Räumen aber sei schon aus technischen Gründen unmöglich. Da die Fabrik andere Dispositionen weder treffen könne noch wolle, so müsse er darauf bestehen, daß seine Firma Überstunden machen lassen dürfe, um die rechtzeitige Fertigstellung des Baues zu ermöglichen. Übergraben werde auf die Arbeiter keinerlei Zwang ausgeübt, Überstunden zu machen. Die Arbeiter drängten sich vielmehr selbst zu den Überstunden, um mehr zu verdienen, insbesondere die Böhmen und Italiener, die bei den Überstunden hauptsächlich in Betracht kämen. Würde die Firma diesen Arbeitern keine Überstunden gestatten, so würden sie die Baustelle verlassen und eine lohnendere Beschäftigung aufsuchen; ein Ersatz für so viele italienische Arbeiter, die die Firma zu Erarbeiten benötige, sei jedoch lauterlich zu finden. Die übrigen Vertreter der Arbeitgeberseite stimmten diesen Ausführungen im wesentlichen zu. Sie betonten, daß der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die schwere Verantwortung die auf ihm lasse, in seinem eigenen Interesse in Notfällen Überstunden arbeiten lasse. Ob aber Überstunden erforderlich seien, darüber könne nur der Arbeitgeber entscheiden; es könne ihm nicht zugemutet werden, in jedem Falle seine Arbeiter vorher um Erlaubnis hierzu zu fragen. Wenn es sich um das technische Gelingen eines Bauwerks handelte, dürfe nicht in kleinlicher Weise vorgegangen werden. Der Fall der Gögginger Maßfabrik sei ein Ausnahmefall, der die Überstunden rechtfertige.

Namens der Arbeitnehmerorganisation brachte deren Geschäftsführer vor, daß bei der Firma Th. & St. notorisch ständig Überstunden gemacht würden, ohne daß hierzu eine besondere Notwendigkeit bestünde. Auch im Falle der Gögginger Maßfabrik liege eine Verletzung des Tarifvertrages vor. Man könne sich nicht darauf berufen, daß die Neubauten bis Winter fertig werden müßten, weil dies nach Lage der Verhältnisse trotz Überstunden gar nicht mehr möglich sei. Zum mindesten seien die Überstunden beim Schabbau unzulässig, weil derselbe nicht als Ersatz des abgebrannten Gebäudes, sondern als Erweiterung des Fabrikbetriebes gedacht sei. Die Baufirma dürfe auch auf das ausdrückliche Verlangen von Arbeitern keine Überstunden genehmigen, weil sonst der Zweck, bei der Abwicklung des Tarifvertrages verfolgt wurde, vereitelt wäre. Wenn ferner nur der Arbeitgeber zu bestimmen habe, wann Überstunden ausnahmsweise gemäß § 3 des Tarifvertrages zulässig seien, so habe der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer keinen Wert. Durch den Vertrag seien aber Verpflichtungen für beide Teile begründet.

Auf Frage des Vertrauensmannes, Arbeitsekretärs Walter, erklärte der Vertreter der Firma, es sei technisch unmöglich, die Arbeiten am Hauptgebäude durch Hinübernahme der am Schabbau beschäftigten Arbeiter so schnell zu fördern, daß Überstunden notwendig würden. Die Arbeiter könnten nur durch größere Stundenzahl, nicht durch eine große Anzahl von Arbeitern beschleunigt werden, denn die Zahl der verwendbaren Arbeiter sei beschränkt, auch der Schabbau diene als Ersatz des abgebrannten Gebäudes, was von dem Vertrauensmann, Schreinermeister Bratsch, dahin bestätigt wurde, daß die Fabrik beabsichtige, einen Teil des früher in dem Hauptgebäude untergebrachten Betriebes aus Gründen der Feuericherheit und Hygiene, in den Schabbau zu verlegen; eine Vergrößerung des Betriebes sei damit nicht verbunden. Der Vertreter der Firma bestritt jedoch auch, daß der Bau bis Winter nicht fertig werde, und stellte sich auf den Standpunkt, daß der Tarifvertrag es nicht verbiete, Arbeiter, die sich freiwillig zu Überstunden melden, hierzu zu verwenden, insbesondere, wenn die Arbeiter, wie die Italiener und Böhmen, nicht organisiert seien.

Nachdem so die gegenseitigen Auffassungen genügend zur Ausprache gekommen waren, schlug der Vorsitzende eine Einigung auf folgender Grundlage vor:

Die Firma soll anerkennen, daß sie im allgemeinen nicht zu Überstunden berechtigt sei; die Arbeitnehmerorganisation dagegen soll anerkennen, daß an dem Bau in Göggingen, als in einem Notfalle, soweit die Arbeiter es wünschen, Überstunden gemacht werden dürfen, wenigstens bis zum 15. September.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten hierauf, daß sie von ihrer Forderung nicht zurückgehen könnten. Das Einigungsamt solle seinen Schiedsspruch dahin fällen, daß bei dem Neubau der Gögginger Maßfabrik Überstunden nicht zulässig seien. Sodann solle es die prinzipielle Frage prüfen und entscheiden, ob trotz des Tarifs auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Überstunden gemacht werden dürfen. Die Vertreter der Arbeitgeber drückten ebenfalls den Wunsch aus, daß über diese Frage eine prinzipielle Entscheidung herbeigeführt werde; im Falle des Neubaus der Gögginger Fabrik erklärten sie sich mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden.

1. Die Würdigung des ersten Streitpunktes hat sich damit zu beenden, ob die von der Bauleitung bei dem Gögginger Fabrikneubau angeordneten Überstunden einen Ausnahmefall der im § 3 des Tarifvertrages zugelassenen Ausnahmen von dem allgemeinen Verbote der Überstunden bilden: Die einschlägige Bestimmung des § 3 lautet:

Überstunden sowie Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten und dürfen im wesentlichen nur geordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu beseitigen sind; ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken oder bei ähnlichen Arbeiten.

Aus der Fassung dieser Bestimmung geht klar hervor, daß die Auffassung der einzelnen Ausnahmefälle nicht erschöpfend, sondern nur beispieelsweise ist. Der Ausdruck „ähnliche Fälle“ läßt darauf schließen, daß das Verbot der Überstunden nicht allzu eng gefaßt, etwa zum Schaden des Gelingens oder rechtzeitigen Fertigwerdens eines Bauwerkes genommen werden darf. Unter diese „ähnlichen Fälle“ ist auch der gegenwärtige einzureihen. Die tatsächlichen Verhältnisse des Vertreters der Firma sind nicht bestritten. Demnach steht fest, daß es diese Firma übernommen hat, die beiden Bauten, Haupt- und Schabbau, noch vor Eintritt des Winters fertigzustellen. Sie muß also alles daran setzen, diesen Vertrag zu erfüllen. Das fordert aber nicht nur ihr eigenes Interesse und das der Fabrik, auch die Interessen der in Göggingen beschäftigten Fabrikarbeiter lassen es dringend wünschenswert erscheinen, daß diese Bauten unter allen Umständen rechtzeitig fertiggestellt werden, weil sonst die Arbeiter im Winter nicht beschäftigt werden könnten und daher brotlos würden. Abgesehen von der Rücksicht auf das Wohlergehen der Arbeiter, wäre es im Winter schon rein technisch unmöglich, in den ungeheizten und ungeheizten Gögginger Gebäuden, die im Sommer ihren Zweck erfüllen mögen, nasses Garn und Fäden zu verarbeiten. Die durch Überstunden beschleunigte Fertigstellung der Bauten rechtfertigt sich auch dadurch, daß diese Bauten als Ersatz für das abgebrannte Fabrikgebäude zu dienen bestimmt sind, und zwar gilt dies nach der oben angeführten Erklärung des Herrn Bratsch auch für den Schabbau. Dieser ist so notwendig wie der Hauptbau, soll die Fabrik nicht geschlossen sein, einen Teil der Arbeiter zu entlassen. Eine Meinungsverschiedenheit besteht noch darüber, ob die Gebäude überhaupt noch vor Winter eintritt unter Dach kommen. Das Einigungsamt ist natürlich nicht in der Lage, zu dieser technischen Frage Stellung zu nehmen. Es ist aber der Auffassung, daß in einem solchen Notfalle die ausführende Baufirma nichts unterlassen darf, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesen Gründen konnte sich das Einigungsamt nicht entschließen, die Forderung von Überstunden seitens der Firma für unberechtigt zu erklären.

2. Die weitere Frage, die dem Einigungsamt zur Entscheidung vorgelegt ist, ist von weittragender Bedeutung, sie ist wohl die wichtigste Rechtsfrage des Tarifvertrages. Denn wenn Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Überstunden zulässig sind, dann folgt daraus, daß auch alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages, § 2. über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Aufhebung des Arbeitsvertrages — durch entgegenstehende Sondervereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgehoben werden können. Das Einigungsamt war sich alsbald klar, daß im Verhältnis zwischen organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern Sondervereinbarungen, die mit dem Tarifvertrag im Widerspruch stehen, nicht getroffen werden können. Das würde dem Wesen und Zweck des Tarifvertrages zuwiderlaufen. Es geht nicht an, Mitglied einer Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation zu sein und sich über die Verträge, an die die Organisationen und deren Mitglieder gebunden sind, hinwegzusetzen. Soll der Tarifvertrag die Wirkung haben, die man von ihm erwartet — nämlich Schaffung geordneter Zustände durch Abseinerung der Arbeitsbedingungen und Vermeidung unlauterer Konkurrenz — so muß der Vertrag zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwingendes Recht in der Weise schaffen, daß Sondervereinbarungen bei Verstoß der individuellen Arbeitsverträge dem Willen der vertragsschließenden Teile entzogen sind. Mit dieser Entscheidung hat sich das Einigungsamt auf den Standpunkt gestellt, der schon in einer Reihe von Schiedssprüchen und Urteilen der Gewerbe-gerichte zum Ausdruck gekommen ist. Ob man aber noch einen Schritt weiter gehen darf und Sondervereinbarungen durch die zwingende Kraft des Tarifvertrages auch dann ausgeschlossen haben will, wenn der Arbeitgeber der Organisation angehört und von seinen nichtorganisierten Arbeitern der Wunsch laut wird, zu tarifmäßigen Bedingungen zu arbeiten, oder wenn ein organisierter Arbeiter die Möglichkeit und den Wunsch hat, bei einem nichtorganisierten Arbeitgeber zu tarifmäßigen Bedingungen Stellung zu finden — ob § 2. im gegenwärtigen Falle die Firma Th. & St., abgesehen von den Ausnahmefällen des § 3 des Tarifvertrages, mit einem nichtorganisierten böhmischen oder italienischen Erdbauarbeiter Überstunden vereinbaren darf, wenn der Betreffende dieses verlangt —, über diese heute noch völlig ungeklärte Frage ist ein Schiedsspruch nicht zu stande gekommen. Bei Stimmengleichheit der einander gegenüberstehenden Ansichten hat der Vorsitzende von seinem Rechte Gebrauch gemacht, sich der Stimme zu enthalten (§ 71 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes).

Soweit der Schiedsspruch. Bemerken wollen wir noch, daß die Firma nur noch einen Tag Überstunden machen lieg; als sie aber hörte, daß es nicht mehr gut gehe, weil die Nacht anbrach, da war der Profit auf einmal mehr wert, als alle Überstunden; es wurden keine mehr gemacht. Nach diesem zu urteilen, müssen es andere Gründe gewesen sein, die die Firma veranlaßten, Überstunden zu verlangen. Das eine scheint aus der Haltung der Firma hervorzugehen, daß die Wahrheit nicht die stärkste Seite der Unternehmung ist.

Danzig. Unter den Unternehmern gibt es doch immer noch sonderbare Ränge. Einzelne können sich durchaus nicht mit der Aufgabe abfinden, daß sie jetzt gehalten sind, den Arbeitern die ihnen tariflich zustehenden Löhne zu zahlen. Der Unternehmer Jansen in Langenfuhr, ein Rentknechtmann vom Scheitel bis zur Sohle, führt einen Neubau in der Wittenallee auf. Er glaube nun die durch die lange Arbeitslosigkeit verhärtete Notlage unserer Kollegen ausnützen zu können und hot ihnen einen Lohn von 45 s. Er wolle also unseren Kollegen 90 s für den Tag weniger zahlen, und das glaubte er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kirchenbaukommission seiner Frömmigkeit schuldig zu sein. Den Zweigebervereinbarungen, der in sachlicher und beiseitener Weise bei ihm vorstellig wurde, beschimpfte er als Geher, der von den Arbeitergroßen lebe. Diese Geher wären allem schuld daran, daß die Maurer nicht mit dem Lohn zufrieden wären, den der wohlwollende Unternehmer ihnen gab. Früher wäre das alles anders gewesen, da hätten die Unternehmer mit den Arbeitern harmonisch zusammen gearbeitet. Auf den sachlichen Ein-

wurf, daß es doch nicht christlich sei, wenn man sich auf Kosten der Arbeiter bereichere, und, ihre Notlage ausnützend, den Lohn um 9 s reduziere, erklärte der fromme Mann, wer für 45 s nicht arbeiten wolle, solle es bleiben lassen. Dann kam noch die bessere Ehegatsche und meinte: „Galtet Euch doch nicht mit dem Menschen auf!“ Schließlich kam noch der Sohn, der wohl noch die Schulbank drückt, und schrie wie ein Dämon: „Ich fordere Sie auf, den Bau zu verlassen!“ Der kleine, junge Mann sein Opfer aber gar nicht anfang (er sah immer nach einer anderen Richtung), war Kollege-Gegner im Zweifel, ob es ihm gelte solle. Aus der Gögginger Fabrik im Winter aber doch entnehmen, worauf er denn die fromme Ehegatsche verließ. Ganz fruchtlos war die Vorstellung aber doch nicht, denn am anderen Tage wollte der Unternehmer schon 50 s zahlen und am folgenden Tage versprach er den Kollegen dann 54 s, wenn sie in Afford arbeiten wollten. Als der Afford dann an der zu hohen Forderung der Kollegen scheiterte, zog er sein Versprechen zurück und wollte wieder nur 50 s zahlen. Auf erneute Verhandlungen ging erklärte er sich dann schließlich bereit, den Lohn von 54 s von der zweiten Woche an zu zahlen. Für die erste Woche zu zahlen weigerte er sich, da die Kollegen sich verpflichtet hätten, diese Woche für 60 s zu arbeiten. Reicher bestiegte sich dies. Das ist eine Handlung, die gar nicht scharf genug geurteilt werden kann; denn es handelt sich doch um die Erhaltung unseres tariflichen Lohnes, an dem unter keinen Umständen gerüttelt werden darf.

Deutsch-Krawaren. Von den hiesigen Kollegen sind viele, die sonst jedes Jahr in Norddeutschland und zwar in Rheinland-Westfalen, Kiel, Berlin usw. arbeiten, infolge der schlechten Baubaukonjunktur, die dort überall herrscht, hier zurückgeblieben. Da aber hier, im südlichen Teile des Reiches, nur wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, so sind viele von den Kollegen im nahen österreichischen Industriegebiet Wäldsch-Ofstra in Arbeit getreten, wo dieses Jahr eine gute Bauzeitung ist. Die meisten unterlassen absichtlich, sich dort anzumelden, um sich der Beitragspflicht zu entziehen. Da ganze Bauten von solchen Kollegen besetzt werden, und dann noch unter einem Rottel, dem unsere Organisation ein Dorn im Auge ist, so ist es sehr schwer, ihnen beizukommen und sie an ihre Pflichten zu erinnern. Es ist aber traurig, daß Kollegen, die drei bis vier Jahre der Organisation angehört haben, so wenig Festigkeit erworben haben, daß sie sich jetzt hier, wo eine genaue Kontrolle noch nicht durchführbar ist, einer Summe hingeben, die sie alle Rechte an die Organisation verlieren läßt. Und hauptsächlich sind es die jüngeren Kollegen, die unsere Verbände so schädigen und uns die Agitation erschweren. Da zu erwarten ist, daß, sobald die Bauzeitung im nördlichen Deutschland sich bessern wird, auch viele Kollegen dort aufstehen und sich wieder freizugewinnen lassen, so eruchen wir die betreffenden Kollegen und Vorstände, bei Aufnahme der darum nachsuchenden Kollegen aus hiesiger Gegend, streng nach dem Statut zu verfahren, damit der Laufsteg solcher Kollegen endlich ein Ziel geleht wird.

Frankfurt a. M. Am 20. September fand im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung (Delegiertenversammlung) des Zweigebervereins statt, die von 100 Delegierten aus 85 Zählstellen besucht war und acht Punkte zur Erledigung hatte. Der Kollege W. Schneider gab den Geschäftsbericht. Durch die Lohnbewegung im Frühjahr war es notwendig, am 16. Juni eine Generalversammlung abzuhalten; jedoch war damals das zweite Quartal noch nicht abgeschlossen. Durch die eigenartige Gliederung des Zweigebervereins ist es aber auch nicht gut möglich, die Delegierten allzuoft zusammenzurufen, da dies für einen Teil immer mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Es konnte deshalb der Bericht vom zweiten Quartal nicht früher gegeben werden, so daß der Bericht bis auf heute, also auch für das dritte Quartal gegeben werden muß. Gegenüber den Vorjahren kann diesmal nicht über große Erfolge berichtet werden; wir befinden uns infolge des wirtschaftlichen Niederganges in einer gewissen Schwärztheit. In einigen Orten und Fällen wurde die tariflich festgelegte Arbeitszeit nicht eingehalten, so in Hamburg bei der Firma Wender aus Siegen, Firma Holzmann & Cie (Offiziersheim) Kallenstein i. Th., in Wismar a. M., Dietrichsheim, Genselmann; es gelang jedoch überall, Abhilfe zu schaffen. Im Wohnhof in Wismar, in der Firma aus Cassel Bauarbeiten aus, die ebenfalls 11 Stunden arbeiten ließ, dort mußten die Kollegen durch Drohung mit Ausschluss aus der Organisation gezwungen werden, die geschäftliche Arbeitszeit einzuhalten; es war jedoch nicht böser Wille der Kollegen, sondern Angst vor der Entlassung. Diese Firma gehört nicht zum Unternehmerverein. Auch einige Fälle, wo weniger Lohn gezahlt wurde, sind zu verzeichnen; wir mußten eingreifen und hatten auch Erfolg. Die Lohnbewegung der Spezialbranchen (Klempner, Maler, und Zementarbeiter), die bekanntlich durch den Streik der Fliesenleger zur Ausprägung der Maler- und Zementarbeiter führte und eine Anzahl Maurer in Mitteldeutschland zog, hatte für die Spezialbranchen Erfolg, jedoch werden die abgefallenen Verträge infolge der Rauhheit der Kollegen nicht konsequent durchgeführt. Bezüglich der Agitation ist zu betonen, daß die Zahlstellenverwaltungen nicht die nötige Aufmerksamkeit für die Anzeigen des Ausschusses an den Tag legen und daß manche Verwaltungen die ausstehenden Fragebogen ohne Entschuldig sehr spät oder gar nicht an den Ausschuss zurückgeben; dies mußte für die Zukunft anders werden. Auch auf den Baustellen müßten sich die Verwaltungen besser betätigen, dann würde manches trotz der Krise anders sein. Nicht der Organisation den Rücken kehren, sondern immer neue Anhänger für die Organisation zu gewinnen, sei Pflicht aller Kollegen. Die Unternehmervorgänger nehmen immer mehr zu; dies mußte selbst den allerfrühesten Arbeiter überzeugen, daß Organisation notwendig ist. Bedauerlich ist, daß die Kollegen immer sagen, es ist uns resp. der Organisation nicht gelungen, dies oder jenes durchzuführen. Als ob die leitenden Kollegen allein im Stande seien, ohne Mitwirkung der Kollegen zu arbeiten! Den Klassenbericht vom zweiten Quartal gab Kollege Carl Schneider. Daraus ergibt sich für die Hauptkategorie eine Einnahme und Ausgabe von M 38 818,80, wovon M 13 974 für die Lohnbewegung

der Spezialbranchen verwendet wurden. Für die Zweigvereinskasse beträgt die Einnahme einschließlich des Kassenspendens vom ersten Quartal mit 11 691,23 gegenüber 11 807,79, dem eine Ausgabe von 11 691,23 gegenübersteht; hiernach ergibt sich ein Kassensaldo von 11 687,81, wovon 11 680,00 auf der Bank belegt sind. Unter den Ausgaben befinden sich 2 262,55 Prämien der Zahlstellen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 6300. Der Rückgang der Mitglieder ist in der Hauptsache auf die von den Zahlstellen Frankfurt und Offenbach im Herbst vorigen Jahres abgetreten und im Frühjahr infolge der schlechten Konjunktur nicht mehr zurückgekauften Mitglieder zurückzuführen. Verkauf wurden 65 775 Beitragsmarken, für Beitragsbeiträge gingen noch 240,00 ein. Der Kassierer erludte für die Zukunft um pünktlichere Einzahlung der Quartalsabrechnungen, da immer einige Zahlstellen nochmals nachgezahlt werden müßten, die Abrechnungen einzuweisen. Auch sei mehr darauf zu achten, daß die Sendungen richtig frankiert würden; fernerwährend sei Strapazzo zu zahlen. Bei Unterbringungsanträgen müßten stets die genügenden Bescheinigungen vorhanden und die Beiträge voll gezahlt sein, auch müssen die Abrechnungen besser geprüft werden; die meisten Kassierer vergessen, die Mitgliederbewegung anzugeben, besonders aber seien die Markenbestände genau zu prüfen; bei der letzten Abrechnung waren in 35 von 115 Zahlstellen Differenzen; da sind Unterhaltungen sehr leicht möglich. Für die Revisionen berichtete Kollege Seine, beim Zweigvereinskassierer Bücher, Belege und Marken in Ordnung gefunden zu haben. An der Diskussion beteiligten sich 15 Kollegen, die teils Ausstellungen am Bericht machten, teils Anfragen stellten, die durch Erklärungen der Berichterstatter klargestellt wurden. Im Punkt 2. Anträge aus den Zahlstellen, lag ein Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M. vor, die Arbeitslosenmarken aus der Zweigvereinskasse zu bezahlen. Er wurde dahin erledigt, daß der Zweigvereinsauschuß beauftragt wurde, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage über die Durchführung der notwendigen Kontrolle usw. vorzulegen, um danach Beschlüsse fassen zu können. Ein weiterer Antrag, das Zweigvereinsregulativ resp. die Delegierten-Generalversammlung aufzuheben, wurde gegen eine Stimme abgelehnt, weil die Generalversammlung von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung voll überzeugt ist. Wegen des Vorschlags des Auszuschusses, auch für das Jahr 1908 den Geschäftsbericht gedruckt herauszugeben und an die Mitglieder für 5 ct abzugeben, wurde nichts eingewendet. Der Punkt 3 wurde, da Kollege Güttmann nach auswärts war, zurückgestellt und Punkt 4 behandelt. Hierzu führte Kollege Zimmer aus: Die agitatorische Bedeutung, die die Arbeiterkontrolle auf den Arbeitsstellen früher hatte, ist zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges viel größer, aber ihr Wert wird vielfach verkannt. Viele Kollegen hätten ihr nicht genug Beachtung geschenkt, weil einem Teile derselben das nötige Verständnis dafür fehle und deshalb nicht genügend Propaganda dafür gemacht würde. Das Verstehe müßte jedoch für die noch vorzunehmenden Kontrollen in den übrigen Bezirken nachgeholt werden, nur wenn alle Kollegen mitwirken, könne die Kontrolle ihren Zweck erfüllen. Er rief dann noch das Verhalten einiger Kollegen den Delegierten der Organisation gegenüber, das verurteilt wurde. Zum Punkt 3. Geschäftsagitation, führte Kollege Güttmann aus: Wir haben uns schon in allen Konferenzen und Generalversammlungen mit der Agitation befaßt und beraten, was in Zukunft geschehen soll. In früheren Jahren hatten die Verbandsmitte mit agitieren, das ist im gegenwärtigen Augenblick anders geworden. Ein Teil unserer Kollegen war mit dem Ausgang der Lohnbewegung nicht einverstanden, durch Arbeitslosigkeit und andere Dinge verzerrt und organisationsmüde, diese müssen wir umgünstigen suchen. Wir haben nach den statistischen Feststellungen im Gau Frankfurt rund 6000 Kollegen weniger beschäftigt als sonst, aber auch rund 3200 Mitglieder im Gau, im Zweigverein Frankfurt a. M. allein 800, gegenüber dem höchsten Stand verloren (vergl. Kassensbericht). Diesem Mitgliederverlust muß entgegengetreten werden. Nun sind bereits vom Hauptvorstande für Oktober eine Reihe Versammlungen ausgeschrieben worden, aber das genügt nicht, wir müssen noch weitere Versammlungen abhalten, auch ist wieder, wie früher, Hausagitation zu betreiben. Auch auf den Bau stellen muß mehr als jeher geachtet werden, wir dürfen nicht alles gefallen lassen, man braucht nicht gleich davon zulaufen, sondern setzt sich mit den Unternehmern oder ihren Vertretern ernst auseinander, dann können wir auch bei der jetzigen Wirtschaftslage Herr der Situation werden. Vor dem 4. Oktober wird vom Hauptvorstande ein Flugblatt herausgegeben, dies ist von besonders dazu bestimmten Kollegen zu verbreiten, in Verbindung damit sind alle nicht organisierten und die in der letzten Zeit ausgetretenen Kollegen aufzufinden; auch mit deren Frauen muß man sich bei dieser Gelegenheit auseinandersetzen, um sie für unsere Sache zu interessieren. Ganz besonders aber muß dafür gesorgt werden, daß die Oktoberversammlungen gut besucht werden, damit sie ihren Zweck erfüllen; der Besuch der seitherigen Versammlungen reicht für diese nicht aus. Bei Punkt 5. Einberufung von Zweigvereinsversammlungen in den Zahlstellen, schlägt der Zweigvereinsauschuß vor, Sonntag, den 27. September, in allen Zahlstellen die Verichterstattung von der Generalversammlung vorzunehmen, um dadurch die Mitglieder anzuregen. Zu Punkt 6. Unterrichtsbeiträge, Bibliothek und Presse, führte Güttmann aus: Die Bildungsfrage ist in den letzten Jahren anders aufgefaßt worden als früher, es sind von Partei und Gewerkschaften Bildungsinstitute errichtet worden; sie reichen aber nicht aus, um alle die wichtigen Fragen so zu befähigen, wie es notwendig wäre. Heute werden von einem Arbeiter viel mehr Kenntnisse verlangt als früher, deshalb muß diese systematische Ausbildung notwendig sein. Was müßte es aber, wenn in den letzten Jahren in Berlin 120 bis 130 Arbeiter ausgebildet wurden, wenn wir nicht im ganzen Lande gegen die Unwissenheit ankämpfen. Wir haben in den letzten beiden Jahren im Gau Unterrichtsbeiträge veranlaßt, die zwar anfangs gut, aber am Schluß nur mangelhaft besucht wurden. Die Kollegen nehmen die Bildungsfragen sehr leicht, viele glauben, wenn sie einige

Unterrichtsbeiträge gehört haben, seien sie fertige Referenten. Dem ist nicht so; wer ernsthaft bestraft ist, kann in einigen Jahren sehr wohl viel lernen. In diesem Jahre soll es anders verfaßt werden, es soll zunächst ein Vortrag über die ideellen Fragen gehalten werden, um einige Grundfragen zu schaffen, und ein Vortrag über Kassen- und Verwaltungsfragen. Ferner haben wir versucht, in Verbindung mit dem Gewerkschaftsrat und der Parteileitung, gemeinsame Vorträge halten zu lassen. Diese Frage wird in diesem Jahre aber nicht mehr spruchreif werden. Notwendig wäre, daß für den ganzen Main- und Rheingau, der ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet darstellt, ein gemeinschaftlicher Bildungsausschuß eingesetzt würde. Ganz besonders muß aber bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, daß mindestens die Zahlstellenverwaltungen die Arbeiterpresse lesen; nicht aus den Kenntnissen und Informationen können wir unsere Bibliothek muß hingewiesen werden. Wir haben in den letzten Jahren eine ganz umfangreiche Bibliothek angelegt, aber sie wird nicht in der Weise benutzt, wie dies zu wünschen wäre; die Verwaltungen müssen die Mitglieder zur Benutzung der Bibliothek anhalten. Schneider wies noch auf die in den letzten Jahren in die Zahlstellen versandten Schriften hin, die in allen Zahlstellen bereits eine kleine eigene Bibliothek darstellen, nur muß auch für die richtige Verwendung gesorgt werden.

Mainfrankfurt. Freitag, den 1. September, tagte hier eine Mitgliederversammlung, die besser hätte besucht sein können. Der Kollege Eigentopf berichtete in aufklärender Weise über die einzelnen Punkte des 10. Verbandstages. Eine lebhafteste Debatte entpinn sich über das Mißtrauensvotum über die Zweigvereine durch den Verbandsvorstand. Die Veranschaulichung der Maurer und Bauhilfsarbeiter wird mit Freuden begrüßt. Ueber wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen, soll in nächster Zeit ein Vortrag gehalten werden. Ein gemeinsamer Ausflug für Maurer mit Familien wurde angeregt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Münster. Sonntag, den 20. September, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der durch Kollegen Peters Bericht vom Verbandstage gegeben wurde. Zuvor fanden zwei Angelegenheiten von interner Bedeutung ihre Erledigung. Zunächst eine Angelegenheit unserer unter christlicher Verwaltung stehenden Krankenkasse. Unsere christlichen Brüder hatten nämlich, um die freien Gewerkschaften von der Verwaltung der Krankenkasse auszuscheiden, in einer Generalversammlung, die nach dem Gesetz beschlußfähig war, eine Aenderung des bestehenden Wahlmodus vorgenommen, wodurch es den freien Gewerkschaften unmöglich gemacht wurde, ihrerseits Vertreter zu entsenden. Alle von uns hiergegen unternommenen Bestrebungen bis hin zum Bezirksauschuß blieben erfolglos, die Versammlung beschloß daher, den Klageweg zu beschreiten, dem Vorstande wurde hierzu unbefristet Vollmacht erteilt. Eine lebhafteste Debatte verurteilte sodann der Antrag des Vorstandes, den Kollegen Langheirich, der früher mehrere Jahre Vorstands unseres Zweigvereins war, aus dem Verbande auszuscheiden. Langheirich, der mit seinen Beiträgen zu ein Jahr rückständig war, hatte versucht, auf betrügerische Art seine Beitragsmarken zu bekommen. Den Unterfahrgern, die ihn an seine Pflichten erinnerten, wies er die Tür, dem Kassierer, Kollegen Schland, der ihm 16 Marken à 60 s in sein Buch gelistet hatte, schuldete er noch jezt, nach neun Monaten, das Geld dafür. Unter Würdigung aller Umstände wurde Langheirich einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Sodann erlittete Kollege Peters den Bericht vom Verbandstage. In etwa anderthalbstündigen Ausführungen schilderte Redner dessen Verlauf. Alle Anwesenden gaben ihre Zustimmung zu den Handlungen des Verbandsvorstandes und sprachen demselben ihr volles Vertrauen aus.

Deinhausen. Am 28. September tagte hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Kollege Schand-Winden referierte über: „Kapital und Arbeit.“ Redner wünschte, daß die Arbeiter geschlossen gegen die Kapitalmacht vorgehen. Ferner sprach Redner dann noch über die politische Bewegung und über die christliche Organisation. Hierzu führte er aus: Wenn die Christlichen behaupten, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, so wäre das eine freche Lüge, denn es könne niemals eine Organisation, die sich aus Pfaffen und Unternehmern zusammensetzt, die Interessen der Arbeiter vertreten. Zum Schluß wünschte Redner den Zusammenschluß der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. In „Verschiedenes“ wurde über die Sperre des Bauunternehmers Wiege verhandelt. Der betreffende Bau befindet sich im Zweigvereinsgebiet Minden, wo 45 s Lohn gezahlt werden. Nun arbeiten, oder haben vielmehr vom Zweigverein Deinhausen dort hier Kollegen vor und während der Sperre für einen Stundenlohn von 40 s gearbeitet. Hiergegen soll von den Zweigvereinsvorständen Minden und Deinhausen energig vorgegangen werden. Zum Schluß wurden die Kollegen vom Vorstehenden ermächtigt und aufgefordert, sich an der bevorstehenden Flugblattverbreitung und Agitationsversammlung zu beteiligen.

Baderborn. (Christliche Agitationsmethode.) Am 17. September fand in der hiesigen „Domkirche“ eine von christlicher Seite einberufene öffentliche Maurerversammlung statt. Zu dieser Versammlung wurden die christlichen Kollegen durch ihre Vorstandsmitglieder vom Bau abgeholt und hingeführt. Auch wir waren hingegangen. Es waren ungefähr 100 Personen anwesend, wovon 30 zu uns gehörten. Unter den übrigen befanden sich Zimmerleute, Bauhilfsarbeiter, Maurer und Inorganisierte. Als Referent war der am hiesigen Orte ferat verstand er es ganz gut, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Baugewerbe zu schildern, ohne uns dabei im geringsten anzugreifen. Infolge dessen hatten wir keinen Anlaß, in die Diskussion einzugreifen. Mehrmalige Aufsammlungsbesucher zum Wort melden, blieben ohne Erfolg. Nun ergriff Redner, nach mehr als viertelstündigem Stillschweigen, das Schlußwort. Und nun — ob wir es

nicht vorher wußten! — ging es los. Da sich keiner zum Worte gemeldet hat, nehme ich an, daß alle Anwesenden mit meinem Referat einverstanden sind, und zwar auch die anwesenden Gegner. Dann ging es los über den Zentralverband; eine Rede folgte der anderen. Zuerst erhielt der Verband, dann Hölmeburg seinen Gelfußtritt. Darauf kamen wir am Orte anwesenden Zentralverbandsmitglieder an die Reihe. Es wäre zu bedauern, daß wir die Unversämtheit beäßen, in das heilige Baderborn zu kommen; die hiesigen Maurer könnten im Winter dadurch gut schimpfen, wo ihm seiner mehr entgegengetreten konnte. Es mag sein, daß sich die Christlichen einbilden, diese Versammlung sei ein Erfolg für sie gewesen. Sie mögen das denken; aber vernünftige Leute sagen, daß es nichts Erbauendes gibt, als über einen nachschauen Gegner herzufallen. Herr Werner denkt vielleicht, das wäre christlich — dann danken wir für sein Christentum. Dann sind wir „Wilden“ doch bessere Menschen!

Borheim-Galv. Seit Frühjahr d. J. läßt es sich die Leitung des Zweigvereins besonders angelegen sein, die Organisation auch in den württembergischen Städten und Ortschaften zu fördern. Hauptächlich gilt dies von Sta m h e i m, wo beinahe 70 Kollegen selbst sind; es gelang uns, einige Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Langsam, sehr langsam wollten die Kollegen begreifen, daß es notwendig ist, sich zu organisieren. Die alten Ausreden: „Wenn der mittul, wo ich auch mit“, „beziehen eben, wieviel Aufführungsarbeit hier noch nottut“, „Eine wahre Furcht scheinen die Inoffizienten vor Versammlungen zu haben, sonst könnte es nicht möglich sein, daß trotz mündlicher Agitation und Verteilung von Handzetteln nur drei Nichtorganisierte in der letzten, am 20. September abgehaltenen Versammlung anwesend waren.

Kollegen von Sta m h e i m! Ruft Ihr nicht, wie Leuzung und Krise, die auch Galv nicht verschonen, auf Euch laien? Wollt Ihr noch länger ein willensloses Werkzeug in den Händen der Unternehmer sein? Und daß es so ist, solange Ihr nicht selbstig seid in der Organisation, beweist Euch der Unternehmer über, der einem Kollegen für die Zeit, die er im Steinbruch als Steinhauer arbeitete, 3 s pro Stunde weniger bezahlte als sonst als Maurer. Bei dem System der Massenlöhne von 28 bis 45 s, das in Galv vorherrscht, sind solche Kommissen nicht selten. Macht Euch frei von dieser unwürdigen Lohnmethode! Es ist höchste Zeit, daß Ihr endlich Eure Gleichgültigkeit ablegt. Seid eilig und schließt Euch Eurer Organisation an, der Forderung von Kollegen besseren Lohn und verkürzte Arbeitszeit verhandelt! Was anderwärts schon längst errungen ist, wird auch in Galv zu erreichen sein.

Plaue n i. C. Am 23. September tagte im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“ eine Mitgliederversammlung, die wiederum sehr gut besucht war. Der erste Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Verbandstage, wurde, weil kaum 30 Kollegen anwesend waren, zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter „Bereinsangelegenheiten“ wurde vom Bureau ein Schreiben des Kartells vorgelesen, in dem die Zertifikatsarbeiter verlangen, die Kartellbeiträge um 80 s pro Jahr und Mitglied herabzusetzen. Dem stimmte man einstimmig zu und beauftragte die Delegierten, im Kartell für diesen Antrag zu stimmen. Als Kartellbesitzer wurde für Kollegen Reichard der Kollege Höelstrich gewählt. Kollege Schindrich ermahnte die Kollegen, sich recht ege an der Flugblattverteilung zu beteiligen. Man gedauerte, daß in Plaue n i. C. eine Agitationsversammlung stattfindet. Kollege Schindrich soll versuchen, den Kollegen Hölmeburg zu veranlassen, auch bei uns eine Versammlung abzuhalten. Weiter wurde die Geldgeschichte mit dem Kollegen Pfeil geregelt.

Strasburg i. C. Wie überall, so stockte in diesem Jahre auch hier die Privatbautätigkeit fast vollständig. Als Ursache kommt wohl fast einzig und allein der hohe Zinsfuß in Betracht, da von einem Ueberfluß von Wohnungen ufo. nicht die Rede sein kann. Wenn es gleichwohl möglich war, daß im ersten halben Jahre nicht nur die hiesigen Kollegen, sondern auch ein Teil angereicher Arbeit finden konnten, so lag das daran, daß eine Anzahl öffentlicher Bauten ausgeführt wurde. Vor allem waren es eine Kaiserne Schule, ein Waisenhaus und in letzter Zeit der Neubau des Ministeriums. Dabei kam es vor, daß in der einen Woche die Maurer nicht ausreichten, während in der nächsten plötzlich viele arbeitslos wurden. Die Ursache hierfür liegt in der Bauweise selbst. Das Betonbedeckensystem trug auch hier die Schuld. Es mußte an allen diesen Bauten oft ausgekehrt werden, damit diese Arbeiten nachziehen konnten. Seit einigen Wochen hat die Arbeitslosigkeit bedeutend nachgelassen, weil die größeren Bauten teilweise fertig geworden sind. Viele Kollegen haben sich anderweitig Arbeit suchen müssen, während sich andere arbeitslos noch in Strasburg aufhalten. Rednet man hinzu, daß die Bautätigkeit in diesem Frühjahr etwas spät anfang, so muß gefogt werden, daß auch die Strasburger Maurer, trotz der großen Bauten, die Folgen der Krise zu spüren bekommen haben. Augenblicklich scheint es, als ob sich die Bautätigkeit etwas beleben wolle. Ob dies eintritt, und ob es dann anhängt, ist jedoch fraglich. Das Organisationsverhältnis ist an den größeren Bauten gut. Hier ist auch das Baudelegiertenwesen einigermaßen ausgebildet. Dadurch war es möglich, so manchen Driebeberger, der sich in irgend einer entlegenen Ecke den Organisationspflichten entzogen hatte, zu deren Erfüllung zu veranlassen. Nicht so gut steht es auf den kleineren Bauten und teilweise auch nicht in den Vororten. Allgemein schlecht ist dagegen der Versammlungsbesuch, so wohl in der Stadt, wie auf den Ortschaften. Obwohl wir uns die größte Mühe gaben, die Versammlungen interessant und lehrreich zu gestalten, war es immer nur ein kleiner Teil Kollegen, der sie besuchte. In mehreren Orten war es infolge des schwachen Besuches überhaupt unmöglich, Versammlungen abzuhalten. Wir wollen an dieser Stelle keine Namen nennen. Besont muß aber werden, daß sich alle Kollegen, die die Versammlungen nicht besuchen, einer Verletzung der Organisationspflichten schuldig machen. Wir wünschen lebhaft, daß das in Zukunft besser wird. In diesem Frühjahr haben wir gemeinsam mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern 23 Versammlungen im ganzen

Berg 100, Betschlin 100, Forst i. d. Lausitz 100. Summa M. 2880.

Zuschüsse erhalten: Deutsch Lissa M. 250, Trebisch (Neumark) 200, Giersfeld 100, Sandbach 100, Fiedrichs 100, Dessau 100, Wittenberg in Hessen 50. Summa M. 900.

Altona, den 26. September 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Vaneinstürzen, überhaupte von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Barghorst. Hier ist man zur Zeit dabei, die Brandbrücken auf der Barchhorster Marktplatzmole niederzuliegen. Dabei ereignete sich am 25. September, vormittags 11 Uhr, ein ziemlich schweres Unglück. Man wollte eine 10 m hohe Seitenwand des Maschinenhauses umwerfen, die zugleich Giebelwand des Kesselhauses war. Zu diesem Zwecke waren mehrere Leute mit Winden im Kesselhaus angestellt und der Polier und zwei Maurer waren auf dem Dache des Kesselhauses. Als die Wand nun stürzte, wurde das Dach des Kesselhauses und ein großer Teil des Mauerwerks mitgerissen. Die Leute kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon, bis auf den Maurer Jevering. Dieser sprang, um sich zu retten, vom Dach auf eine 50 cm höher stehende Mauer, wurde aber mit dieser umgeworfen. Mit geschmetterten Gliedern mußte er vom Platze getragen werden. Derselbe hat Frau und sieben Kinder zu versorgen. Wen die Schuld an diesem Unfall trifft, wird ja hoffentlich die Untersuchung erbringen. Jedenfalls hätte es nicht passieren können, wenn die Wand Stein für Stein abgetragen worden wäre.

In Brandauer ereignete sich am 23. September, nachmittags um 5½ Uhr, beim Kirchenbau der Firma Wühlmann ein Unfall. Der Maurer Otto Gahn hatte vom Polier den Auftrag bekommen, ein T-Eisen abzuhängen. Es sprang plötzlich beim Abhängen ein Stück Eisen beiseite und schlug dem Kollegen mit solcher Kraft vor das Schienbein, daß es Hofe und Unterhose durchlöchernte und in das Bein eintrat, wodurch eine starke Blutung hervorgerufen wurde. Die anwesenden Kollegen verbanden den Fuß gleich, so daß die Wunden gestillt wurden; ein Verbandkasten war bei dem großen Neubau nicht zu finden. Der Kollege wurde auf einer Handbarre zum Krankenhaus transportiert, wo der Arzt zum Glück konstatieren konnte, daß die Wunde neben der Schlagader lag. Würde die Schlagader verletzt worden, so wäre der Kollege gewiß an Verblutung gestorben, ehe er in ärztliche Behandlung kam.

Sutrum. Am 19. September stürzte ein Teil des vom Unternehmer Peters ausgeführten Neubaus des Gärtners Rodes in der Silberstraße ein. Der Bau war bereits bis zur zweiten Etage fertig. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da sich die vom Bau beschäftigten Maurer rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Ein auf einer Leiter stehender Arbeiter fiel mit dieser um und erlitt dabei einige Verletzungen. Die Ursache des Einsturzes sehen wir darin, daß man dem in Beton ausgeführten Kellergeschoß nicht die nötige Zeit zum Abbinden ließ, sondern zu früh aufmauerte. Der Laß des Mauerwerks lag dann der Beton nach.

M a i n g. Ein Unfall ereignete sich am 21. Sept., nachmittags 2¼ Uhr am Aufstiegsgebäude auf dem Schloßplatz bei der Firma Heilmann. Der Maurer Valentin Jäger, der Kesselfeuer, war mit mehreren Maurern mit Abwürgen beschäftigt. Jäger befand sich unter dem obersten Gerüst zum Einbinden. Als ihm die vierte Diele vom obersten Gerüst geriet, brach der Giebel und Jäger stürzte mit den Diele von der dritten Etage zur Erde. Man verbrachte den Bedauernswerten mittels Drahtseile nach innerlicher Verletzung und ordnete seine sofortige Überführung ins Hospital an. Zu dem Unfall selbst hat nichts beigetragen, er ist total faul. Das Gerüst steht bereits 1½ Jahr. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn beim Gerüstbau gesundes Holz verwendet worden wäre. Und dabei handelt es sich um einen Staatsbaul! Der Staat hätte doch auch die Verpflichtung, durch seine Organe die Beachtung der eigenen Gesetze durchzuführen. Wo bleibt die Baupolizei? Muß denn immer erst ein Unglück passieren, ehe man einschreitet? Wie lange noch wird der Ruf der Bauarbeiter nach dem Bauarbeitergeschutz ungehört bleiben? — Am Kaiserndenau beim Fort Elisabeth herrschen traurige Verhältnisse. Die Gerüste sind in einem sehr mangelhaften Zustand. Die Arbeiter arbeiten in der zweiten Etage und es ist weder Schutz, noch Fanggerüst vorhanden. Auch nicht ein Gerüst unter dem obersten Gerüst ist abgedeckt; bricht ein Giebel der Diele, so geht der Arbeiter unversehrt bis zur Erde. Alle vier Meter aufwärts ist eine Stiege gezogen, die Entfernung ist zu weit bemessen. Es fehlen Handwerkszeug, Maschinen, Seile, Rollen usw. zum Transport von Gesteinen und sonstigem Material nach dem Arbeitsplatz. Gesteine von vier bis sechs Zentner müssen von den Arbeitern hinaufgetragen werden, wobei es öfters vorkommt, daß sich Arbeiter unter der Last innerlich wehe tun. Die Arbeiter werden in ihrer Arbeitsleistung ausgebeutet bis aufs äußerste; Arbeiter werden in Trüppchen entlassen und andere eingestellt. Wegen der Antreibung der Arbeiter ist es erklärlich, daß die geleistete Arbeit nicht in solcher Weise ausgeführt werden kann. Das Bauwerk ist krumm und schief. Die Bauteile sind nicht ausgefüllt, nur der Baustein vorn wird mit Speis angefüllt. Auch werden in die Mitte der Mauer Abfallbrocken hineingeschüttet, und wieder draufgemauert. Das dürfte an einem Staatsgebäude gar nicht vorkommen. Es ist ferner, daß die Bauleitung solches nicht sieht, es sieht doch nicht am Aufsichtspersonal. Die Bauleitung hat ein wachsameres Auge, sie hat den Vertreter der Mauer an

der Baustelle gesehen und wollte ihm das Betreten der Baustelle verbieten. Was ist? Aus allen diesen Ursachen fand am 21. September, abends, eine Versammlung aller am Kaiserndenau beschäftigten Maurer statt, in der die bestehenden Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung der am Kaiserndenau Fort Elisabeth des Unternehmers Heller beschäftigten Maurer protestiert energisch gegen das Vorgehen des Betriebsleiters Heuel wegen grundloser, sonnenweiser Entlassung von Arbeitern. Ferner wegen des Fehlens geeigneten Gerüstmaterials und Werkzeug, sowie der mangelhaften Art des Gerüstbaues. Ferner bezweckt die Versammlung, daß die Baupolizei nicht eingreift, die Verhältnisse zu bessern, da der Baupolizei die Fälle bekannt sind. Die Versammlung beauftragt ihre Vertreter, bei der Unternehmersonsorganisation die Angelegenheit vorzutragen und Wünsche zu beklagen.

*** Fern von der Heimat gestorben.** Von einem ziemlich fertigen 40 m hohen Fabriksteinen stürzte am 19. September der Kollege Wül. Schliephake aus Braunschweig in der Nähe von Antwerpen ab. Woburd der Abwurf, der den sonstigen Tod zur Folge hatte, erfolgt ist, ist uns nicht bekannt.

*** Hausseinsturz in Kiel.** Am 22. September, morgens gegen 5 Uhr, stürzten zwei Außenwände an der Kaspapothek ein, wobei die dreizehnjährige Tochter des das Haus bewohnenden Dr. Schulz zu Tode kam. Neben diesem Hause war die Baugrube für einen Neubau ausgehoben worden. Man stützte die der Grube zugekehrte Seite des Kaspapothekshauses zunächst ab und nahm sich vor, diese Mauer später zu unterfangen. Davon kam man aber wieder ab, man glaubte, daß sich die Wand auch ohne das halten würde und nahm die Stützen fort. Am anderen Morgen hatte man dann die Befestigung. Es waren ein Teil des Giebels und eine Seitenwand niedergestürzt, und zwar in der ganzen Höhe des Hauses. Die niedergebenden Steintrümmer hätten die Dede zwischen der ersten und zweiten Etage mitgerissen. Gerade dort war das Schlafzimmer des Kindes, das, wohl fest im Schlaf, den Abwurf mitmachte und von den nachfolgenden Steinmassen erschlagen wurde. Bei oberflächlicher Untersuchung hat sich herausgestellt, daß der Bau der Kaspapothek mit einer unorthodoxen Genossenschaft gemauert worden ist. Man hat nämlich die eine Wand zwischen der ersten und zweiten Etage nur halbfest gemauert und darüber wieder steinartig angelegt. Man behauptet sogar, daß einzelne Stellen dieser Wand nur hochkant gemauert seien. Dieser schwache Teil der Wand hat leicht erklüchterweise nachgegeben und die darüber liegenden Mauerstücke mitgenommen. So läßt sich der Unfall sehr leicht erklären. Die Aufregung über diesen neuen Hauseinsturz ist groß. Die bürgerlichen Tageszeitungen in Kiel bringen Abbildungen der Einsturzsätze und behandeln die Angelegenheit wie eine richtige Sensation. Wir sind die letzten, die etwas dagegen einwenden wollen, wenn die Öffentlichkeit recht eindringlich auf Schäden im Baubereich hingewiesen wird; aber wir vermessen dieses jetzt so lebhaft befürworteten Eifer sehr oft, wenn es sich um berufliche Arbeiter handelt. Und darum fragen wir uns: wieviel Arbeiter müssen wohl sterben, ehe ihr Unfall so allgemein beachtet wird, wie dieser, wo das Kind eines angesehenen Bürgers ein Opfer verbrecherischer Profit sucher wurde?

Aus anderen Berufen.

*** Wo soll das hinaus?** Ueber den sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg hatte auch das Organ des Steinarbeiterverbandes einen kritischen Artikel gebracht. In diesem Artikel war dem Unwillen über die Art der Behandlung von Parteifreizeitern durch die „Leipziger Volkszeitung“, den neun Teil der Parteigenossen empfinden, Ausdruck gegeben worden. Das hat die „A. B.“ arg verbrochen. Statt sich nun sachlich gegen den Vorwurf zu wehren, brachte sie einen Artikel, in dem sie in geradezu standalöser Weise über den Redakteur des „Steinarbeiter“, den Genossen Staudinger, herfiel. Einige orthographisch verunglückte Freizeidichter gaben ihr Anlaß, ihren giftigen Spott über den Genossen E. auszuüben. Das ist nun ein sehr billiges Vergnügen, das sich jeder, der an solchen Sachen Gefallen findet, alle Tage leisten kann. Ob es aber anständig, ob es parteigenössisch ist, einmal wenn es sich um einen Arbeiter handelt, dessen Leiter sich ihre Sprachkenntnisse eigentlich nur so im Vorbeigehen haben erwerben können, das steht auf einem anderen Blatt. Und wenn es nun gar von der „Leipziger Volkszeitung“ geschieht, die sich stets so stellt, als habe sich der echte „proletarische Geist“ gerade auf sie hernieder gelassen, so kann man das nur aus der heroischen Verwilderung erklären, die in diesem „Arbeiterblatte“ immer mehr um sich greift.

Über die „A. B.“ läßt es bei dieser einen Wesheit natürlich nicht bedauern. Sie wirft dem Genossen Staudinger vor, daß er sich früher von ihren Redakteuren habe Artikel für sein Blatt schreiben lassen und daß er diese Artikel (sie betrafen die Frage des Massenstreiks) möglichst günstig gewinnigt habe. Darauf antwortete Genosse Staudinger:

„Vor etwa 3½ Jahren wurde ich von einem Genossen gebeten, ein Studient, nennen wir ihn A., sollte mir etliche Artikel über: Kartelle und Trusts schreiben. Aus rein menschlichen Gründen erteilte ich keine Abgabe. Als Genosse A. später in die „Volkszeitung“ eintrat, bot er mir noch zwei Artikel an; ich lehnte dieselben ebenfalls nicht ab. Ein Student, der nicht mit Schulbüchern segnet ist, ist wahrscheinlich froh, wenn ihm auf diese Weise Gelegenheit gegeben ist, sein Postkornchen leichter zu gestalten. Ob es höflich ist, daß man dieses Wohlwollen dementsprechend vergolten wird, überlasse ich den Lesern selbst zu entscheiden.“

Der Redakteur B. hat mir vor Jahren einen Artikel über eine Gerichtsentscheidung an. Der Beitrag wurde angenommen, ein weiterer ebenfalls. Wenn B. sich dergestalt als Mitarbeiter betätigen konnte, so geschah das auf sein Ansuchen hin. — Redakteur am „Steinarbeiter“ zu sein, ist dem Genossen B. nicht passiert.

Der Redakteur C. wurde allerdings von mir aufgefordert, indem ich in ein Streitgebiet absteigen mußte, zwei Artikel zu schreiben. Es mag vor 2½ Jahren gewesen sein. Anzulegen. Der eine Artikel war die genaue Datierung nicht angegeben. Das Problem des Massenstreiks, der andere war noch viel schärfer. Die robusten Stellen, die ich nicht beantworten konnte, merzte ich aus und lehnte meine dementsprechenden Gedankengänge ein. Das ärgerte C. ganz gewaltig. Ich sprach allerdings kurz mit C., wie inhaltlich die beiden Artikel gehalten werden sollten. Die Worte: „die Artikel können nicht scharf genug sein, nur tüchtig drauf“, sind nicht gefallen. Es wäre ja sonst auch Uninn gewesen, dementsprechende Streichungen vorzunehmen. Aber glaubt denn C., daß ich mich derartig in das Gange eines politischen Redakteurs begeben?

Seit meiner sechsjährigen Tätigkeit am „Steinarbeiter“ habe ich etwa vier Artikel veröffentlicht, die von Genossen der Volkszeitungsredaktion verfaßt wurden.

Man sieht, wie die „A. B.“ auch hier wieder die Tatsachen tendenziös entstellt hat, um einen ihr mißliebigen Genossen herunterzureihen. Aber selbst wenn es so gewesen wäre, wie die „A. B.“ behauptet, würde es einem Menschen von halbwegs vornehmer Denart widerstehen, mit derartigen Mitteln zu arbeiten. Bei der „A. B.“ aber ist eine derartige Methode allgemein üblich. In diesem Falle wird sie nun glücklicherweise dem daben Betroffenen nicht persönlich gefährlich, denn die Gewerkschaften haben sich seit langer Zeit daran gewöhnt, mit spöttischem Naselgucken alle Pfeile abzuwehren, die von dieser Seite auf sie zugeflogen kommen. In der politischen Organisation ist es leider anders; dort ist es der „A. B.“ bereits mehr als einmal gelungen, die mit ihrem Haß bekehrten Genossen aus ihren Stellungen zu vertreiben, so im Falle der „Vorwärts“-Redakteure, beim Genossen Wahrenbrecher usw. Wer diese Dinge verfolgt hat, der kann sich nur über die Rangmut wundern, mit der man bisher einem solchen verächtlichen Treiben gelaßt.

*** Gewerkschaftliche Agitation.** Der Zimmererverband hat für die Zeit vom Mitte September bis Mitte Oktober in 289 seiner zahllosen Versammlungen einbezogen, in denen die Tarifbewegung im Zimmerergewerbe und die Aufgaben des Verbandes beraten werden sollen. Es handelt sich weniger um öffentliche Agitation, als um eine flüchtige Aussprache unter den Verbandsmitgliedern über die neue tarifliche Situation im Baugewerbe. Da diese Frage auf der im kommenden Jahre stattfindenden Generalversammlung des Verbandes eingehend behandelt werden muß, wird die jetzige Erörterung in den Verbandsversammlungen zweifellos zu einer glatten Erlebung der Frage auf der Generalversammlung beitragen.

Der Töpferverband wird ebenfalls in der ersten Hälfte des Oktober eine größere Agitation veranstalten. Es sind bisher circa 110 Versammlungen vorgesehen, für welche eine lebhafte Propaganda entfaltet wird.

*** Im Berliner Holzgewerbe** war der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarifvertrag am 1. September d. J. abgelaufen. Die Unternehmer kündigten den Tarif und unterbreiteten, gestützt auf die von dem Herrn Wiesenthal geschaffene Zerstückelung der Arbeiterorganisation im Holzgewerbe, dem bisherigen Tarifkontrahenten, dem Deutschen Metallarbeiterverband, eine neue Tarifvorlage, die für die Arbeiter erhebliche Verschlechterungen gegenüber dem alten Tarif enthielt. Der Metallarbeiterverband lehnte diese Vorlage der Unternehmer ab. Der Metallarbeiterverband erklärte sich bereit, den alten Tarif zu erneuern, was aber von den Unternehmern abgelehnt wurde. Diese fanden dafür die weitestgehende Unterstützung bei dem sogenannten Allgemeinen Metallarbeiterverband des Herrn Wiesenthal, der zusammen mit dem gelben Herrn Rebus und einem Vertreter der Christlich-Deutschen Gewerbevereine (1) am 3. September vor dem Berliner Gewerbegericht mit den Unternehmern unter Ausschluß der Öffentlichkeit einen der Unternehmervorlage entsprechenden Streikbrechervertrag abschloß. Auf Grund dieses Vertrages lieferten dann auch die genannten arbeitnehmerfeindlich verhandelnden Parteien den Unternehmern die Streikbrecher, als der Metallarbeiterverband den Kampf in den ersten Septembertagen aufnahm.

In den Streit traten circa 1800 dem Metallarbeiterverband angehörende Holzleger. Den Gelben mit Wiesenthal an der Spitze gelang es, etwa 400 bis 500 Streikbrecher zu liefern, während die Anarchosyndikalisten sich dem Streit anschlossen. Etwa 70 Firmen, die rund 400 Arbeiter beschäftigten, bewilligten die Forderungen der Streikenden. Die Streikenden beschloßen daher in der letzten Woche, den Streik zu beenden und vorläufig ohne Tarif weiterzuarbeiten. Von den 900 noch Streikenden des Streits wurde notwendig, da die große Zahl von den Wiesenthalschen tariflich vermittelten Streikbrechern ein weiteres Beharren im Auslande ausichtslos machte.

*** Aus England.** In Lancashire ist eine Ausperrung von 50 000 Arbeitern der Baumwollindustrie ausgebrochen, die leicht weittragende Folgen für das englische Erwerbsleben haben kann. Die Unternehmer fordern infolge der wirtschaftlichen Depression eine Lohnreduktion um 5 p.; die Arbeiter waren gewillt, für einen im voraus zu bestimmenden Zeitraum die Reduktion zuzugestehen, worauf sich indes die Unternehmer nicht einlassen wollten. Diese zogen es vor, anstatt eine Verständigung mit den Arbeitern zu suchen, die Betriebe zu schließen, um alte Lagerbestände zu räumen. Da aber die Arbeiter sich diesen Gewalttätigkeiten nicht gefallen lassen werden, steht ein großer Kampf in der englischen Textilindustrie bevor, sofern es nicht inzwischen gelingt, eine Verständigung herbeizuführen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Die Abankung der Gewerbevereine.** Unter diesem Titel schreibt die „Soziale Praxis“: Wie man dem Gesetz ein Schnippen schlagen kann, das zeigt in wenig bildlicher Weise der Rechtsbeistand der Dortmund-Union, deren Volkskassisten bekanntlich in letzter Zeit mehrfach von den ausführenden Arbeitern auf Mid-

erstattung der Beiträge verlagert worden sind. Es hat sich dabei, wie wir mehrfach betonten, der für unsere Justiz nicht gerade erhebende Zustand herausgebildet, daß die Gewerbeberichte fast ausschließlich den Klagenanträgen der Arbeiter stattgeben und die Betriebsinspektoren für die Klagen der Arbeitgeber im Grunde außer Acht gelassen werden. Die Klagen der Arbeiter werden in der Regel nur dann berücksichtigt, wenn sie sich auf die Zahlung von Löhnen beziehen. Im übrigen werden die Klagen der Arbeiter in der Regel nur dann berücksichtigt, wenn sie sich auf die Zahlung von Löhnen beziehen. Im übrigen werden die Klagen der Arbeiter in der Regel nur dann berücksichtigt, wenn sie sich auf die Zahlung von Löhnen beziehen.

Die neueste Wendung in dieser Justizmiserie aber hat unsere Befürchtungen noch übertrieben. Das Gewerbegericht Dortmund hat dem Landgericht gegenüber nicht standgehalten, sondern in einer Entscheidung vom 25. Juni 1908 seine bisherigen Rechtsgrundsätze widerrufen. Nicht so sehr diese Umkehr, als vielmehr die Begründung derselben ruft die schärfsten Bedenken wach. Das Gewerbegericht Dortmund weist nämlich, um seinen Beitritt zu der Urteilspraxis des Landgerichts zu rechtfertigen, darauf hin, daß es in Baums Sandbuch für Gewerbeurteile eine Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz gefunden hat, die ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Gewerbeurteilsgesetze sei.

Das Gewerbegericht Dortmund erkennt zwar, in Uebereinstimmung mit dem Landgericht Dortmund in seiner Zusammenfassung vom 25. Juni 1908, an, daß derartige Verstoßurteile in einzelnen Fällen große Härten im Gefolge haben; es beruht aber nicht, daß der bis jetzt herrschende Standpunkt, daß das Gewerbegericht und das im Instanzenzug vorgesehene Landgericht in ganz gleich liegenden Fällen völlig entgegengesetzte Entscheidungen fällen, geeignet ist, das Ansehen der Rechtsprechung in erheblichem Maße zu schädigen. Würde das Gewerbegericht sich weiterhin auf seinen früher konsequent vertretenen Standpunkt berufen haben, so würde das lediglich zu einer Schädigung der Arbeiter führen, da das Gewerbegericht die Arbeiter, wenn es ihrer Klage stattgibt, unnütz durch zwei Prozessinstanzen treibt, deren letzte ohnehin nur zur Kostenentlastung verurteilt. Aus allen diesen Erwägungen hat das Gewerbegericht den Klagen mit der erhobenen Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Anstatt sich weiterhin auf seinen früher konsequent vertretenen Standpunkt — den die Mehrheit der sozialpolitisch verständigen Juristen teilt — zu verlassen, dankt das Gewerbegericht Dortmund vor den üblichen Rechtsmitteln des Prozessvertreters der „Union“ und vor der Rechtsprechung des Landgerichts ab, obgleich erst kürzlich noch ein ähnliches Widerlagemaß gegen eine Kaufmannsentscheidung vom Landgericht Dresden für rechtlich unzulässig erklärt worden ist, und spricht dem Arbeiter, unter Preisgabe seiner bisherigen Rechtsgrundsätze, den Verstoßurteilanspruch gegen die Verstoßurteile ab, um ihn vor Schaden zu bewahren! Höchst praktisch! Wo aber bleibt dabei das Recht? Und was die bisherige Rechtsprechung der Gewerbeurteile in Verstoßurteilsfragen gegenüber der ablehnenden Haltung mancher Landgerichte auch zunächst nur eine moralische Bedeutung haben, so ist doch eben nur auf dem Wege konsequenter Betonung sozialer Rechtsauslegungsgrundsätze die unerlässliche Wahrung der Rechtsanerkennung bei den Formaljuristen zu erzielen. Solche Rücksichten auf die höhere Instanz erschüttern das Vertrauen in die Rechtsprechung der Gewerbeurteile viel mehr, als der Widerspruch der Urteilsinstanzen, das Ansehen der Rechtsprechung schädigt. Schon hallt es durch die Arbeiterblätter: Sieg der Hüttenherren über das Gewerbegericht!

Es ist unnötig, ausdrücklich zu sagen, daß wir den Standpunkt der „E. P.“ fast völlig teilen. Aber falls sie in den dem letzten Satz der Arbeiterblätter den Vorwurf der demagogischen Ausnutzung dieser Schwäche des Dortmunder Gewerbegerichts machen will, so wollen wir ihr sagen, daß auch wir, obwohl wir uns völlig frei von demagogischen Anwandlungen wissen, in diesem Falle einen tatsächlichen Sieg der Hüttenherren über das Dortmunder Gewerbegericht erblicken. Das zeigt am besten die obige Darstellung der „Sozialen Praxis“ selbst.

Eingegangene Schrift.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, H. Singer) ist das 50. Heft des 26. Jahrganges erschienen. Das dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Der Fall Schilling: Der Parteitag über die Budgetbewilligung. Von R. Kautsky. — Die Türkei als konstitutionelles Reich. Von M. Beer. — Der italienische Gewerkschaftskongress. Von Oda Döber (Rom). — Das Kriegslustigkeitsgesetz. Von Rudolf Kautsky. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im Jahre 1907. Von Otto Galle (Gall). — Zur katholischen Jugendorganisation. Von A. K. — Literarische Rundschau: J. Bonomi, Le vie nuove del socialismo. Von O. L. F. Biffert. Zur Kritik der Böhmischen Werttheorie. Von J. Kersch.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 9: Naturalismus und Neoromantik. Von F. Wehring. — Die Geschichte des Verfalls. Von Hermann Wendel. — Die Entwicklung des Weltalls. Von Anton Pannekoek. — Medizin und Lebenskultur. Von M. Victoror. — Bücherchau: Clara Müller-Jahnke: Gesamte Gedichte. Winterhalder, Basel. — Otto Ernst: Semper der Jüngling. — Karl Gnaul: Mein großes Mädel. — Gellert v. Gellert: Das Parlament. — Rose Blätter, Friedrich

Paulsen. Zur Frage der Arbeiterbüchereien. Aus Chamforts Maximen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jakob“ ist die 20. Nummer des 25. Jahrganges erschienen. Sie bringt einen Artikel „Der Nürnberger Parteitag“, dem eine photographische Wiedergabe des Nürnberger Parteitagstafels beigegeben ist, sowie zwei Bilder „Vor Nürnberg“ und „Nach Nürnberg“, die den hinter uns liegenden Parteitag festlich behandeln. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Der „Süddeutsche Postillon“ Nummer 20. Sie ist reich ausgestattet in Wort und Bild, geistvoll unsere herrliche Post und moderne Gesellschaft. Postillons Zoo. Nr. 6 zitiert Graf von Hohenhausen und Bergen. Zwei-Mittelbilder: Das Postillon und König Eduard, von Banfloss. — Der Graf und seine Wälder, von R. Wirth. — Das Schlachtfeld zeigt uns die fröhliche Gestalt eines Afrikaners, dem der kleine Dornburg seine Gleichberechtigung gewähren will. — Die Nummer kostet 10 Pf. und ist in jeder Parteibuchhandlung und bei jedem Kolporteur zu haben, sowie auch vom Verlag W. Ernst, München.

Briefkasten.

P. W. 432 919. Gütertrennung ist bei Schließung einer Ehe gelegentlich nicht vorgeschrieben, sie kann aber durch Ehevertrag ausgedrückt werden. Die Verwaltung des eingebrachten Gutes liegt dem Manne ob, doch ist dieses Recht bei Veräußerungen unterworfen; so z. B. umfaßt das Verwaltungsrecht des Mannes nicht die Veräußerung, die Frau durch Rechtsgeheimnisse zu verheimlichen oder über eingebrachtes Gut ohne ihre Zustimmung zu verfügen. Das zum eingebrachten Gut gehörende Geld hat der Mann nach der für die Anlage von Grundbesitz geltenden Vorschriften für die Frau zurückzugeben, anzulegen, soweit es nicht zur Befriedigung von Ausgaben bereitgehalten ist.

J. P. 1888. Wir können über die einzelnen Werke nicht urteilen. Wende Dich an die Verlagsbuchhandlung von Womke & Pöschel in Potsdam; die vertreibt mehrere solcher Werke und wird auch Auskunft erteilen.

Sof. a. b. S. Die Veranlassungsanzeige kam zu spät. Borgforth, S. Die Veranlassungsanzeige hat die Kosten zu ergeben. Dazu gehören Fahrgehalt, Verpflegung und natürlich auch Gehalt für entgangenen Arbeitslohn. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach den tatsächlichen Verhältnissen. Anzumelden am Bureau der Veranlassungsanzeige. Derenburg, Chr. M. Solche Erklärungen nehmen wir, zum hundertsten Male ist es gesagt, nicht auf. Wenn Du die Erklärung in der Versammlung abgibst, so muß das auch genügen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsverbände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 10 Pf.)

Bremerhaven. Am 16. September starb unser langjähriger Kollege **Heinrich Gehrke** im Alter von 59 Jahren an Lungenentzündung.

Breslau. Am 26. September starb unser treuer Verbandskollege, Ehrenmitglied und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Karl Kunze** im Alter von 66 Jahren an Lungenentzündung.

Dortmund. Am 19. September starb, nach langem Leiden, unser Kollege **H. Lauthon** im Alter von 59 Jahren an der Prostatierkrankheit. — Am 20. September starb unser Kollege **W. Maas** im Alter von 34 Jahren an Bluterkrankung.

Heilbronn. Am 13. September starb unser Mitglied **Adolf Löffler** im Alter von 31 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Jechow. Am 23. September starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser treuer Verbandskollege **Johannes Stöbe** im Alter von 29 Jahren an Bauchfellentzündung.

Neustadt i. Meißn. Am 20. September starb unser Kollege **Johann West** im Alter von 47 Jahren an Rückenmarkleiden und Magenkrebs.

Neustettin. Am 14. September starb unser Kollege **Albert Jahnke** im Alter von 28 Jahren an akuter Gehirnerkrankung.

Reutlingen. Am 25. September ging unser Kollege **Arno Eckstein** im Alter von 29 Jahren freiwillig in den Tod. Wir verlieren in ihm einen treuen Kämpfer für unsere Sache.

Riesa. Am 22. September starb unser Verbandskollege **Eduard Richter** aus Pausitz im Alter von 56 Jahren an Schwindel.

Schneidemühl. Am 18. September starb unser Kollege **Aug. Finselberger** aus Ulf im Alter von 59 Jahren an Lungenentzündung.

Eure ihrem Andenken!

Hiegnitz. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: **Rudolf Fahner, Goldbergerstr. 15, 2. Et.**

Heidelberg. Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt **Neugasse 5, 1. Et.** [60 Pf.]

Münster i. W. Die Adresse des Vorsitzenden ist vom 1. Oktober d. J. an: **Alb. Peters, Augustastr. 34., 3. Et.** [90 Pf.]

Nauen. Unser Versammlungslokal, Chausseestr. 38, heißt jetzt nicht mehr Schützenhaus, sondern führt den Namen: „**Vollsgarten in Nauen**“. [M. 1,20] Der Vorstand.

Porzheim. Das Bureau befindet sich vom 1. Oktober an: **Gartenstr. 23, pt.** [60 Pf.]

Central-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Zahlstelle **Lübben i. d. N.-L.**

Der Kassierer **Friedrich Brade** wohnt jetzt **Mühlendamm 2.** [M. 1,50] Die Verwaltung.

Central-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Zahlstelle **Zehdenick.**

Der Kassierer **Karl Hagen** wohnt von jetzt an: **Campstr. 3.** [M. 1,50] Die Verwaltung.

Paul Leverenz, geboren am 30. Februar 1875 zu Parchim (Meckl.-Nr. 145 683), wird ausgereist, seine Adresse an den Zweigvereinsvorstand in Bochum gelangen zu lassen.

Hermann Flaum, 20 Jahre alt, geboren bei Halle, Provinz Sachsen, wird gegeben, seine Adresse an den Oberpolier **Siebers in Hügeln i. d. Schl.** einzuschicken. [M. 1,20] Zweigverein **Kreutzburg.**

Ernst Althoff, geboren am 21. Dezember 1872 zu Seehausen, Verb.-Nr. 299 094, wird wegen wichtiger Angelegenheit ausgereist, seine Adresse beim Zweigvereinskassierer **W. Brandt, Niederbessen 457,** anzugeben. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins **Oeynhausen.**

Vorteilhaftes Angebot.

Ein bauwissenschaftliches Werk, „**Die Baugewerkschule**“, zum Selbststudium des gesamten Hoch- und Tiefbauwesens, mit vielen hundert Zeichnungen und Abbildungen in 15 Bänden à M. 7 ist für M. 60 zu verkaufen. Interessenten erbitten unter „**Bauschule**“ postlagernd **Greiz.** [M. 2,40]

Sommerfeld.

Sonntag, den 10. Oktober 1908.

Neuintes Stiftungsfest

verbunden mit

Ausmarsch, Konzert, Theater und Ball.

Anfreten der Kollegen 2½ Uhr. [M. 3,90]

Die Kollegen von Sommerfeld und Umgebend sind nebst Familien freimöglichst eingeladen. **Das Komitee.**

Aschersleben.

Sonntag, den 10. Oktober 1908, abends 8 Uhr:

Elftes Stiftungsfest

„im Lokale des Herrn Otto Wilke“

Die Verbandskollegen von Aschersleben und Umgebend sind hiermit eingeladen. [M. 3] **Das Komitee.**

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 4. Oktober.

Belzig. Nachmittags 4 Uhr. Referent ist anwesend.

Elrich. Nachm. 3 Uhr. Z. D.; Abrechnung vom dritten Quartal. Mitgliedsbeiträge mitbringen.

Elmsborn. Nachm. 4 Uhr in der Verbandskammer. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Frankenhausen (Kfth.). Nachm. 3½ Uhr im „Barbrosengarten“.

Neugersdorf. Nachm. 3½ Uhr im Restaurant „Zum Ruckbaum“. Z. D.; Quartalsabrechnung, Bericht vom Verbandstag.

Oranienburg. Nachm. 4 Uhr bei Schumann. Z. D.; Unter Vereinsberatern, Quartalsabrechnung, Vereinsangelegenheiten.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. Referent: Kollege Wamstorf.

Zerbst. Nachm. 3½ Uhr im Waischen Lokale. Z. D.; Berichtserstattung vom Verbandstag.

Montag, den 5. Oktober.

Abends 6 Uhr bei Otto. Außerordentliche Generalversammlung. Referent anwesend.

Wittenberg. Referent anwesend.

Sommerfeld. Abends 7 Uhr.

Mittwoch, den 7. Oktober.

Bad Oeynhausen. Abends 7 Uhr. Tagesordnung sehr wichtig. Referent anwesend.

Guben. Abends 7 Uhr bei Stein. Z. D.; Herbsttagung.

Donnerstag, den 8. Oktober.

Glogau. Abends 6½ Uhr. Referent anwesend.

Freitag, den 9. Oktober.

Liegnitz. Abends 6½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Gortner-Mannheim.

Sonntag, den 11. Oktober.

Annaburg. Nachm. 3 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Wef. Referent ist anwesend.

Bamberg. Nachm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Kemberg. Nachm. 3 Uhr.

Woldenberg. Nachm. 3½ Uhr. Wichtige Tagesordnung, Mitgliedsbücher mitbringen!

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kuer & Co.** in Hamburg.